

Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 28. August 1928
10. Jahrgang, Nummer 201

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Kassenpreis: Die dreigespaltenen Millimeterzeile oder deren Raum 18 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf., Kellamerspreis: Die dreigespaltenen Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kredithof Straße 60, Telefon 540 89. **Post-Expedition:** Breslau 544, **Redaktion:** Kredithof Straße 60, Telefon 288 87. **Verkaufsstellen:** Breslau: von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Filial-Expeditionen:** Gletwick, Wilhelmstraße 26, Telefon 1066, **Beleg:** Aunig 8, Telefon 2384. **Geschäftszeit:** von 9-19 Uhr. **Verkaufsstelle:** am Hauptverlagort Breslau. — **Verlag:** Schiefel, Verlagsgesellschaft m.B.H., Breslau. — **Druck:** „Reubner“ Berlin, G.M. Breslau, Kredithof Str. 60.

Die SPD. verhindert Beratung der Panzerkreuzerfrage im Reichstag

Reichstagseinberufung abgelehnt — Antwortet durch Mobilisierung der Massen für den Volksentscheid!

(Eig. Bericht.) Berlin, 27. August.

Heute um 11 Uhr vormittags trat im Reichstage, unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Löbe, der Aelterntat des Reichstags zusammen, um zu dem kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags zwecks Verhandlung der Panzerkreuzerangelegenheit Stellung zu nehmen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat bekanntlich am 13. August dem Reichstagspräsidium den Antrag überreicht, sofort den Reichstag einzuberufen, um zum Beschluß des Kabinetts auf Bau des Panzerkreuzers A und über anderweitige Verwendung des für den Panzerkreuzer bewilligten Geldes zu beraten.

Genosse Höllein begründete den kommunistischen Antrag. Er wies insbesondere auf die große politische Bedeutung dieses Antrages und die ungeheure Empörung hin, die in den breitesten Schichten des werktätigen Volkes über den Beschluß des Reichskabinetts herrsche. Im weiteren machte er den Sozialdemokraten den Vorwurf, daß die Ueberweisung des kommunistischen Antrages Nr. 33, der die Streichung der ersten Panzerkreuzerbauplätze von 9,3 Millionen Mark und die Verwendung dieses Betrages für Rinderschulpeisung fordert, an den Haushaltsausschuß nur zu dem Zwecke erfolgt sei, um den Bau des Panzerkreuzers zugunsten der Bourgeoisie sicherzustellen.

Von den Fraktionsvertretern nahm in der heutigen Sitzung niemand das Wort. Die beiden sozialdemokratischen Vertreter Henke und Stelling schwiegen. Sie hatten kein Wort zu der ganzen Angelegenheit zu sagen! Nun erhob sich der deutschnationale Abgeordnete v. Lindener-Wilbau und bemerkte mit der deutlichen Absicht, die Sozialdemokraten zu verhöhnen, er nehme an, daß das Schweigen der Partei nicht etwa auf Parlamentsmüdigkeit und

Sommerferien zurückzuführen sei, sondern jedenfalls darauf, daß die Partei der Meinung sei, daß durch die Annahme des Haushaltsgesetzes die Panzerkreuzerfrage ein für allemal erledigt sei.

Auch gegenüber dieser provokatorischen Erklärung des deutschnationalen Fraktionsführers hatten die Sozialdemokraten kein Wort der Erwiderung. Sie gaben also damit zu, daß sie die Frage des Panzerkreuzers nach dem Beschluß des Kabinetts im Sinne der Bourgeoisie für erledigt betrachten.

Von den Sozialdemokraten waren anwesend der Abgeordnete Henke-Bremen und der Reichsbannerführer Stelling.

Der Reichstagspräsident Löbe konstatierte, ohne eine formelle Abstimmung vorzunehmen, daß außer den Kommunisten sich keine Partei für die vorzeitige Zusammenberufung des Reichstages einsehe.

Damit hat die Sozialdemokratie erneut zum Ausdruck gebracht, daß sie gewillt ist, die Rüstungspolitik des Imperialismus offen und eindeutig weiterzuführen und daß das ganze „oppositionelle“ Geschrei und Gerede in der sozialdemokratischen Partei und Presse nichts anderes bezweckt, als die erbitterten sozialdemokratischen Parteimitglieder und Wähler hinter sich zu führen. Wenn die sozialdemokratische Partei es mit ihrem Protest gegen den Panzerkreuzer ernst nähme, hätte sie heute im Aelterntat die beste Gelegenheit gehabt, das zu beweisen. Der Reichstag ist souverän und kann selbstverständlich jedes Gesetz durch ein neues Gesetz abändern.

Das wollten die Sozialdemokraten aber nicht, sondern setzten durch die Verhinderung der Reichstagseinberufung — die auch von einigen sozialdemokratischen Ortsgruppen gefordert wurde — das Siegel unter den Panzerkreuzerbeschluß ihrer Minister. Das Doppelgesicht und die Zwiespältigkeit der Sozialdemokratie wird dadurch erneut enthüllt.

Die Antwort der Massen auf diesen Schandstreich der SPD. muß die verstärkte Mobilisierung für den Volksentscheid sein.

Warum Stresemann gesund und krank zugleich ist

Zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes

Sogar einige prominente Professoren sind bemüht worden, um der Deffektivität bekanntzugeben, daß Herr Stresemann, der deutsche Reichsaussenminister, wohl gesund genug ist, nach Paris zu fahren, um den Kellogg-Pakt zu unterzeichnen, dagegen mehr als angegriffen sei, um in Genf der Tagung des Völkerbundes beizuwohnen. Die Krankenbulletins der deutschen Professoren haben ja einen guten Ruf; aber selbst ohne ihn würde jeder gesunde Verstand eines „Laten“ die Frage stellen, warum Stresemanns Gesundheit nur bis Paris langt. Man weiß ja, daß die Herren Diplomaten sich nicht gerade zu überanstrengen pflegen und auch von Reiseunbequemlichkeiten wenig zu spüren bekommen. Warum geht also Stresemann nach Paris, aber nicht nach Genf?

Die Antwort liegt nicht in der physischen Konstitution des deutschen Reichsaussenministers, sie liegt in der politischen Konstellation der Weltlage. Nur so kann man das von den Herren Professoren aufgebene Rätsel entziffern.

Die deutsche Bourgeoisie kommt immer zu spät; das hat schon Marx festgestellt. Denn scheint es nicht als Gipfel der Widersprüche, daß in der Zeit, wo Deutschlands Weltgeltung stärker denn je geworden ist, der Reichsaussenminister dieses Staates das Zusammenstreifen gerade mit dem Gegner meidet, dem in erster Linie die Stärke dieses Reiches sichtbar gemacht werden müßte? In Paris besucht Stresemann den amerikanischen Staatssekretär. Eine Begegnung mit Briand wird sich nicht umgehen lassen; aber sie spielt eine untergeordnete Rolle. In Genf würde Stresemann dem französischen Außenminister direkt gegenüber. Und Herr Stresemann, statt die Stärke des neudeutschen Imperialismus zu demonstrieren, zieht es vor, sich von deutschen Professoren seine Krankheit attestieren zu lassen.

In den letzten zwei Wochen vollzog sich ein Ereignis von historischer Tragweite.

Zwei Staaten, die besonders in der letzten Zeit zugespitzte Gegensätze auf fast allen Gebieten auszutragen hatten, haben sich verständigt, England und Frankreich haben ein Bündnis geschlossen.

Man erinnere sich, wie bis vor kurzem die Dinge lagen. Englisch-französische Gegensätze in der deutschen Frage; englisch-französisches Gegeneinanderarbeiten auf dem Balkan; englische Unterstützung der italienischen Politik gegen Frankreich in Afrika und Asien; weitgehende Verhandlungen zwischen Italien und England über die Verdrängung Frankreichs aus Kolonialgebieten — kurzum: in allen Fragen Gegensätze mit der innenwohnenden Tendenz ihrer ständigen Vergroßerung. Da teilt eines Tages Chamberlain nüchtern, fast beiläufig die Tatsache mit, daß zwischen Frankreich und England in der Frage der Rüstungen — der Schiffe für all die Gegensätze — eine Vereinbarung zustande gekommen sei, die sich ebenso auf die Flotte, wie auf das bestehende Heer beziehe.

Und von diesem Tage an scheint die Weltpolitik wie gewandelt. Ein Widerhall in der Presse der ganzen Welt, eine völlige Umstellung der deutschen „öffentlichen Meinung“, nicht einmal verhaltene Wut, sondern offene Empörung in Amerika und geballte Fäuste in Italien.

Was war der Zweck des Kellogg-Paktes? Er sollte gerade das verhindern, was die englische Diplomatie herbeiführen wollte. Amerika hat noch keine direkten Gegensätze mit der Sowjetunion. Es wird noch nicht von der eigenen Arbeiterklasse bedrängt; seine imperialistische Stellung ist noch nicht unterhöhlt oder in Frage gestellt. Die Vereinigten Staaten fühlen keine unmittelbare Bedrohung und sind mehr an der Hinauschiebung der imperialistischen Gegensätze als ihrer unmittelbaren Austragung interessiert. Der Kellogg-Pakt sollte dieses amerikanische Übergewicht diplomatisch formulieren und besonders Amerika die Zeit lassen, als jüngerer imperialistischer Staat auf militärischem und vor allem auf maritimem Gebiet das nachzuholen, worin ihm ein so alter imperialistischer Gigant wie England überlegen ist. In der Zwischenzeit hätten weitere Extraprofite aus Europa und den Kolonien über den Reichsfinanzherauswärtigen gelangt. England mit friedlichen Mitteln im Welt- und Völkerkrieg zu schlagen, warum sollte die gleiche Methode im Kampf um die Baumwolle versagen? Der imperialistische Gegensatz

Panzerkreuzer „Friedrich Ebert“

Der Dank der Bourgeoisie an die SPD.-Führer

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ein schwerindustrielles Organ an der Ruhr, bringt in ihrer Nummer vom 24. August folgende Meldung:

„Wie wir hören, soll das Loeben von der Reichsregierung in Bau gegebene Panzerschiff Ersatz „A“ den Namen des ersten Reichspräsidenten „Friedrich Ebert“ erhalten.“

Die „Bremer Nachrichten“ lassen sich von militärisch-sahmännischer Seite folgendes berichten:

„Der Panzerkreuzer „Friedrich Ebert“ soll ein Standard-Werk werden, das zugleich drei weiteren Anforderungen gerecht wird. Starke Armierung muß verbunden sein mit ausreichendem Panzerschutz und großer Geschwindigkeit; im Rahmen der durch den Vertrag von Versailles festgelegten zwingenden Vorschriften muß ein Schiff gebaut werden, das möglichst allen Anforderungen an ein modernes Kriegsschiff entspricht.“

Die „Bremer Nachrichten“ nennen weiter die Auffassung, daß Deutschland im Rahmen des Versailler Diktats „kein wehrfähiges Schiff zuhause bringe, eine gänzlich irrige“. Gewiß könne man nicht gegen die stärksten Einheiten der britischen oder französischen Flotte bestehen, darin liege aber nicht das Wesen der deutschen Flotte, sondern in folgendem:

„Außer dem Schutz der Küsten im Falle eines Angriffskrieges liegt das Stärkemoment der Reichsmarine natürlich einzig und allein in der Offense. Deutschland vor einem Angriff von russischer oder polnischer Seite zu schützen, dürfte die Hauptaufgabe sein. Außerdem kommt natürlich hinzu, daß Zweck und Ziel der Marine sein muß, die vorhandenen Mannschaften mit den modernsten Forderungen des Seekrieges vertraut zu machen.“

Im einzelnen wird dann noch mitgeteilt:

„Wir haben auf dem Gebiete des Leichtbauwesens, des Unterwasser-Schutzes und der Armierung Erfahrungen gesammelt, die uns kein anderes Land nachmacht, das müsse selbst die englische Fachpresse offen zugeben. In erster Linie würde Wert auf Geschwindigkeit und Unterwasser-Schutz gelegt. Durch ein neues Schweißverfahren sollte die Vernietung der Panzerplatten vollkommen weg. Eine Geschwindigkeit

von dreißig Seemeilen würde genügen, im gegebenen Falle sich einem Gefecht mit stärkeren Einheiten zu entziehen. Betreffs der Armierung wird man unter das zugestandene Kaliber 28 Zentimeter nicht heruntergehen, die Geschütze würden in Doppeltürmen untergebracht. Der Krieg hat gelehrt, daß die deutschen 28-Zentimeter-Geschütze den ausländischen 30,5-Zentimeter-Rohren sowohl in der Durchschlagkraft als auch in der Sprengwirkung durchaus überlegen waren. Hinsichtlich der leichten Artillerie und Torpedo-Armierung sind uns keinerlei Schranken gesetzt.“

Die Kellogg-Pakt-Romödie in Paris

Der Vertrag unterzeichnet

Um 15 Uhr begann gestern in Paris die Sitzung zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes. Als erster der bevollmächtigten Unterzeichner trat 14,30 Uhr der amerikanische Staatssekretär Kellogg im Begleitung des Pariser Volschaffers ein. Dann folgten die Mitglieder des französischen Kabinetts. Nach Eröffnung der Sitzung hielt Briand eine große Rede, in der er den Tag der Unterzeichnung als „ein neues Datum der Geschichte der Menschheit“ und den Pakt von Paris als „geboren aus dem Frieden und als einen endlichen Vertrag der Eintracht“ bezeichnete. Zum Schluß erklärte der Schöndredner dieses imperialistischen Staates, der durch sein Abkommen mit England die ganze Heuchelei der sogenannten „Kriegsächtung“ offenkundig hat, mit großem Pathos: „Ich schlage vor, allen Töden des großen Krieges das Ereignis zu weihen, das wir durch unsere Unterschrift besiegeln werden.“ Dann forderte er die Bevollmächtigten der Erstunterzeichnung auf, in alphabetischer Reihenfolge der Länder den Pakt zu unterzeichnen. Es unterzeichnete zuerst unter Beifall Dr. Stresemann für Deutschland, Staatssekretär Kellogg für Amerika, Briand für Frankreich, Lord Curzon für England. Dann folgten die Vertreter der anderen Staaten. Für Polen Jaleski, für die Tschechoslowakei Beneš.

von dem der amerikanische Imperialismus weiß, daß er nicht anders als durch den Krieg ausgeht werden kann, hatte dann aktuell zu werden, wann es Amerika paßt. Das war Kelloggs Rechnung. Diese Rechnung hat Chamberlain durchkreuzt. Er hat mit seinem bisherigen Gegner, dem Frankreich Polkars, ein Bündnis geschlossen.

Worin liegt die Bedeutung des getroffenen Nebenabkommens? Die bürgerlichen Politiker tun so, als ob sie sehr wenig wüßten, weiß der Wortlaut des Vertrages nicht veröffentlicht worden ist. Chamberlain hätte nur mitgeteilt, daß sich die Vereinbarung auf den Bau bestimmter Schiffsgattungen beziehe und Frankreich jede Freiheit in Bezug auf seine Landstreitkräfte lasse. Wir sind der Meinung, daß schon diese Angaben genügen, um die historische Bedeutung dieses Abkommens zu erkennen. Worauf kommt es England bei der Einigung mit Frankreich an? In erster Linie darauf, seine Flotte nicht zu verkleinern zu müssen, d. h. sie weder im Mittelmeer noch im Atlantischen Ozean gegen Frankreich einsetzen zu brauchen, sondern sie gegen den einzigen Gegner konzentrieren zu können, der für England die Gefahr ist: die Vereinigten Staaten. Das ist die Hauptsache. Und dafür zählt England um so eher den Preis der vollen Freiheit für Frankreich dem Herrn Stresemann gegenüber, als es andere — nicht kann. Gering bedeutet das Bündnis mit Frankreich eine Abkehr von der Politik, die England vor dem Weltkrieg anwandte. Damals schloß Großbritannien Vereinbarungen mit anderen Staaten, nachdem es sie geschlagen hatte. Heute ist es anders. Frankreichs Stellung wird durch das Abkommen nicht geschwächt, sondern gestärkt. Aber diese Tatsache beweist nur, wie unterhöflich der englische Imperialismus ist, verkleinert aber in keiner Weise die Bedeutung des abgeschlossenen Vertrages.

Der amerikanische Unterstaatssekretär mag darüber empört sein und sich sogar die vom kapitalistischen Standpunkt aus unerhörte Prästrierung erlauben, wohl einer irischen, aber nicht der englischen Hauptstadt seinen Besuch abzuhalten. Stresemann mag demonstrativ Herrn Kellogg seine Visite machen, Irland dagegen, den Verkündeten Chamberlains in Genf meiden: das ändert nichts an der Tatsache, daß England seine stärkste Karte auf den Tisch geworfen hat.

Diese Tatsache wird Herr Stresemann zu spüren bekommen, auch wenn er nicht nach Genf kommt; oder besser, er spürt sie bereits in Berlin. Die deutsch-französischen Beziehungen stehen heute ausgesprochen denn je im Zeichen des amerikanisch-englischen Gegensatzes und der französisch-englischen Gruppierung.

Zuweilen ist das Bild der politischen Ereignisse so buntfarbig, daß wesentliche Änderungen nicht sofort und deutlich bemerkt werden. In den deutsch-französischen Beziehungen ist eine wesentliche Änderung eingetreten.

Es ist nicht vergessen worden, wie diese Frage noch vor kurzer Zeit stand. Der Gegenspieler der deutschen Politik war die Verständigung mit Frankreich. Den Schlüssel zur Revision des Dawes-Abkommens wählte man bei Frankreich. Man erinnert sich, daß die Sozialdemokratie der beste Einzeiler dieser Verständigung zwischen den beiden Staaten war. Plötzlich trat eine Veränderung ein. Plötzlich wurde auf einen Wink von oben jede Beziehung zwischen der Räumung der besetzten Gebiete und der Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen bestritten. Die deutsche Presse erklärte, so oft als Herr Stresemann haben wollte, daß Deutschland für die vorzeitige Räumung auch keinen Pfennig zahlen werde; dazu wäre Frankreich „moralisch“ verpflichtet. Die Frage der Reparationen dagegen sei eine Angelegenheit, die eigentlich mehr Amerika als Frankreich angehe und zudem mit der Regelung der internationalen Schulden, wiederum eine amerikanische Angelegenheit, zusammenhänge. Man sah in dieser Veränderung des deutschen Standpunktes eine Stärkung des imperialistischen Frankreich gegenüber. Mit Recht: die Situation war um so aussichtsreicher, als die französisch-englischen Gegensätze fortbestanden und man nicht nur bei Amerika, sondern auch bei Großbritannien auf Unterstützung rechnen konnte.

Was jetzt die englisch-französischen Vereinbarungen alle diese Berechnungen über den ... Die Ironie der Geschichte will es,

61 Berliner Funktionäre der SPD. und SAZ. treten zur SPD. über

Die „Rote Fahne“ vom Sonntag veröffentlicht eine Erklärung von 61 Berliner Funktionären der SPD. und SAZ., in welcher diese ihre Erkenntnis mitteilen, daß es ihnen „serner unmöglich ist, in der SPD. für den Klassenkampf zu wirken“. Da sie der Meinung sind, so heißt es weiter, daß sie sich bei einem weiteren Verbleiben in der SPD. mitschuldig machen würden an dieser Politik, so brechen sie mit dieser Partei. Sie erklären gleichzeitig, in die kommunistische Bewegung einzutreten, weil sie der Auffassung sind, daß die Einheit des Proletariats auf dem Boden des entschloßenen Klassenkampfes nur in der SPD. verwirklicht werden kann. Sie fordern zum Schluß alle Oppositionellen in der SPD. und SAZ. auf, denselben Schritt zu machen. Der Aufruf ist namentlich unterzeichnet.

Neun frühere Mitglieder der SAZ. aus dem Bezirk Kreuzberg, vier aus Pantow und zwölf aus Steglitz, die ebenfalls ihren Eintritt in den SPD. erklärt haben, konnten diese Erklärung nicht unterzeichnen, weil sozialdemokratische Funktionäre ihnen angedroht hätten, diesen Schritt ihren Eltern und Arbeitgebern mitzuteilen, um sie eventuell in Zwangserschließung bringen zu lassen. Denselben Fall erlebten wir vor acht Tagen in Leipzig beim Aufmarsch des RFB., als ein sozialdemokratischer Vater seine Tochter mit Gewalt aus dem Demon-

strationszug der R. herausholte und sie als sie sich dem widersetzte, auf das schändlichste mißhandelte.

97 Neuaufnahmen für die Partei

Im Bezirk Erzgebirge-Bohland sind in den letzten Tagen 97 Neuaufnahmen zur SPD. eingegangen. Davon allein in Chemnitz 46. Der größte Teil der neuen Mitglieder setzt sich aus ehemaligen Sozialdemokraten zusammen. Die kommunistische Partei begrüßt die neuen Kämpfer in ihren Reihen.

Braunschweiger SPD. für Rücktritt der Minister

Die SPD.-Mitgliedschaft nahm in einer überfüllten Versammlung zur Panzerkreuzerfrage Stellung. Es herrschte eine starke Erregung über die Haltung der vier Minister. Eine vom Referenten dem Ortsvorstand und der Bezirksführung eingebrachte Resolution, die eine Mißbilligung gegen die Minister, die Ablehnung weiterer Maten und die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages forderte, wurde abgelehnt. Die starke Mehrheit stellte die Forderung auf sofortige Zurückziehung der sozialdemokratischen Minister aus der Reichsregierung.

daß gerade zur Zeit der Existenz einer Koalitionsregierung dieser Wechsel eintritt. Wenn die Sozialdemokraten die Stagnation der deutsch-französischen Beziehungen während der Regierung des Bürgerblocks den Deutschnationalen in die Schuhe geschoben hatten, und ein ganzes Himmelreich voll Geigen in Aussicht stellten, wenn sie erst ans Ruder kämen, dann ist es gerade die Koalitionsregierung, die die Tatsache der Verschlechterung, der „Verfälschung“ der deutsch-französischen Beziehungen eingestehen muß.

Versteht man jetzt, warum die Gesundheit Stresemanns nur bis Paris langt und in Genf versagen muß? Die beiden Außenminister Deutschlands und Frankreichs hätten sich in Genf nichts zu sagen, a. ihren gegensätzlichen Standpunkt zu betonen. Das glauben sie genügend durch die Tatsachen und die Presse jedes Landes getan zu haben. Daher ... Herr Stresemann eine Krankheit in Berlin einer Gesundheit in Genf vor.

Die englische Diplomatie glaubt an ihrem Ziel, der Organisation des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion, näher denn je. Die imperialistischen Staaten sollen in diese Front einschwenken. Die internationale Sozialdemokratie liefert bereits die Ideologie für diesen Kreuzzug. In Deutschland ist die Koalitionsregierung, in vier sozialdemokratische Minister ... der Wegebereiter dieses Krieges. Hermann Müller, der die deutsche Delegation in Genf führen wird, hat offene Ohren und wird sich nicht zweimal den Sinn der jetzigen Lage erklären lassen.

Der Völkerscheid als Massenmobilisation der Werktätigen gegen die imperialistische Politik, gegen die Kriegsbereitungen, gegen die kapitalistische Klassenherrschaft, fällt in eine historische Stunde!

2500 Mexiko-Pilger umgekommen

Im Amsterdam, 27. August. Nach Meldungen aus Batavia sind von 35 000 Pilgern, die aus Holland nach Mexiko gezogen waren, ungefähr 2500 infolge von Krankheiten und Erschöpfung teils in Mexiko, teils an Bord des Schiffes gestorben.

Gewerkschaften und Betriebsräte vor die Front

In einer am Mittwoch stattgefundenen Betriebsversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Göttingen wurde eine Entschließung für den Volksentscheid gegen den Panzerkreuzer angenommen. Eine Vollversammlung der Betriebsräte, einberufen vom Ortsausschuß des ADGB. Ludwigslund, nahm nach einem Referat des Genossen Fugger aus Stuttgart gegen eine Entschließung an gegen die Wirtschaftsdemokratie und den Schlichtungsschlichter und forderte vom ADGB. die Beteiligung an dem von der SPD. vorbereiteten Volksentscheid gegen die Flottenaufrüstungen.

Eine am 24. August im Volkshaus in Göttingen stattgefundenen Mitgliederversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner begrüßte in einer einstimmig angenommenen Resolution, daß die SPD. den Kampf gegen die Kriegspolitik aufnimmt und den Aufruf zur Durchführung des Volksentscheides erläßt.

Eine Mitgliederversammlung des Invalidenverbandes Ortsgruppe Bodowitz (bei Halle) erhob einstimmigen Protest gegen die Panzerkreuzerpolitik.

Ein kommunistischer Redakteur von Nationalsozialisten niedergeschlagen

Die Nationalsozialistische Partei hielt am 24. August in Köln eine Versammlung ab. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Rube, hegte von Anfang an stark gegen das kommunistische Organ, die „Sozialistische Republik“. Als sich der Redakteur, Genosse Kiepper, zum Wort gemeldet hatte, wurde er von uniformierten Nationalsozialisten mit Stühlen zu Boden geschlagen. Sie trampelten so lange auf ihm herum, bis er ohnmächtig wurde. Er mußte in die Klinik übergeführt werden, wo der Arzt eine Bauchverletzung der rechten Unterbauchseite feststellte und Beobachtung auf Nieren- und Darmverletzung anordnete.

Die gestörte Panzerkreuzertaufe

Von Vogel

In einem behaglich und sehr elegant eingerichteten Raum der Reichskanzlei, Wilhelmstraße 77, sah Frau Müller, Reichskanzlergattin, beim Nachmittagsessen. Frau Crispian war zu Besuch gekommen. Zum ersten Male, seit Herrmann die schwere aber ehrenvolle Last der Reichskanzlerwürde trug, meinte Frau Crispian in den Räumen der Reichskanzlei, um die alte Freundin zu besuchen. Da gab es, wie sich denken läßt, gar viel zu erzählen. „Und hier ist das Auktionshaus, das eine meiner Vorgängerinnen, die Fürstin Bismarck, bei Erledigung ihrer Korrespondenzen benutzte und daneben — steht du — diesen festbaren Federhalter mit der aus Gold getriebenen Fürstkrone als Abschluss — das ist ein Geschenk des Fürsten zum 60. Geburtstag der Fürstin. Sie hat ihn ständig benützt. Der Blick der beiden Frauen fiel auf ein großes Porträt, das in dunklen Rahmen gehalten, von der rechten Wand herunterblidete. „Weißt du, wer das ist, Lissy? Du wirst doch erlauben, der Name Elise ist so langweilig?“ „Ist das nicht unter Weibel?“ meinte Frau Crispian etwas gebohrt und un sicher. „Kleines Schätzchen!“ foppte Frau Müller, „wie kann man nur — das ist natürlich das berühmte Porträt Bismarcks von Lenbach. Ja ja, Lissy: Wir sind überhaupt sehr auf die Pflege der Tradition eingegangen. Herrmann sieht darauf sehr. Der alte Diener zum Beispiel, der dich hier ins Zimmer geleitet hat, der hat noch unter dem Fürsten Bismarck Dienst getan. Ja, Lissy, du wirst das alles nicht ganz verstehen, aber ich versichere dir, ohne den Nimbus dieser Tradition könnten wir, mein Mann und ich, nur schwer die Würde unseres Vaterlandes vertreten. Gerade das höchste Einmalen dieses Geistes der Tradition befähigt Herrmann und mich, allen gesellschaftlichen Anforderungen, die an uns gerichtet werden, gerecht zu werden, mit jener selbstverständlichen Leichtigkeit und Natürlichkeit, die vor wenigen Tagen noch ausschließlich der Repräsentation des Festalles zur Verfügung stand bei Kroll das „Berliner Tageblatt“ an Herrmann und mir so rühmend hervorgehoben hat. Nur manchmal, wenn man irgendwie an seine Vergangenheit erinnert wird, dann wankt die gesellschaftliche Sicherheit. Wir brach neulich fast der Schwitz aus, als ich in einem alten Vorkriegsalbum eine Photographie von Herrmann sah. Schrecklich war das.“

Denke dir nur: Herrmann als Revolver! Mit einer Falkenmaske, knallrotem Schilf und einer Kasse in der Hand, auf der deutlich zu lesen war: Wieder mit der Bourgeoisie, es ist die der Klassenkampf! Aber lassen wir das, Lissy. Es hat Gott sei Dank niemand gesehen: Ich habe das Bild gleich zerissen. Doch regt es mich an, wenn ich nur daran denke. Aber weißt du schon des Rätsels? Es ist überhaupt fabelhaft, ich hätte es dir wirklich gleich sofort erzählen sollen. Es ist nämlich ungemein ehrenvoll für mich. Denke dir, Lissy: Ich werde in den nächsten Tagen das Panzerkreuzer A taufen. Ich

das nicht großartig? Ich will dir gleich die ganze Angelegenheit erzählen. Wir waren also vor einigen Tagen, Herrmann und ich, drüben im Reichspräsidentenpalais zum Tee eingeladen. Der alte Herr war prächtig aufgeräumt. Kaum waren wir da, als er uns gleich die neuesten Photographien von jenem technischen Wunderwerk, dem Panzerkreuzer A, zeigte. Interessante Einzelheiten, sage ich dir. Eine Raumeinteilung, die geradezu genial zu nennen ist. Fünfzig zusammenklappbare Bombenflugzeuge, die unbemannt auf elektrischem Wege vom Schiff aus dirigiert werden können. Zwar hat das Schiff nur 10 000 Tonnen Wasserverdrängung wegen der verfallenen Bestimmungen, — aber weder Amerika noch England haben ein gleichwertiges Panzerkreuzer. Es hat allerdings auch 30 Millionen Mark gekostet. Aber dafür ist es auch wirklich ein wahres Wunder der Kriegstechnik geworden. Und dann kam das Entzückende: Der alte Herr ist wirklich so gütig und bescheiden. Weißt du, was er zu Herrmann sagte, als der Diener wieder die Photographien forttrug? Lieber Herr Reichskanzler, meine der liebe alte Herr: Sie haben sich wirklich tapfer gehalten, und sie haben einen schweren Stand gehabt. Ihre Partei hat böse Havarien durch die unverantwortliche Hege der Kommunisten erlitten, und da habe ich folgenden Gedanken gehabt, den ich neulich Groener hat erfinden lassen, als er wegen der Taufe des Panzerkreuzers bei mir war. Groener wollte den Kreuzer „Hindenburg“ nennen, ich habe es aber abgelehnt und machte Groener den Vorschlag:

Herrmann Müller soll er heißen.

Herrmann war sichtlich gerührt. Er reichte dem Reichspräsidenten bewegt die Hand, und dann wandte sich der alte Herr mit verbindlichem Lächeln und jener artigen wundervollen Verbeugung, die alle Damen so an ihm lieben, an mich: „Sie, gnädige Frau, werden den Taufakt vollziehen.“

„Ist das nicht reizend, Lissy?“ wandte sich Frau Müller aufatmend an die stumm und verwundert dahstehende Frau Crispian? „Man könnte sich beneiden, Emma,“ meinte sie leuchtend und etwas elegisch, „solches Glück wird selten einem Sterblichen und dazu noch einer Frau zuteil.“

Einige Tage später stand ein Part von Autos, funkelnagelneue Mercedes-Lagen vor dem Lehrter Bahnhof. Es waren Regierungsautos, die die Minister und ihre Staatssekretäre mit Gattinnen und Gefolge zum Sonderzug nach Kiel geführt hatten. Die Öffentlichkeit war nicht informiert worden, weil man mit unangenehmen Zwischenfällen rechnete. Als Herrmann Müller mit seiner Gattin durch den Vorraum der Bahnhofshalle schritt, pflanzte sich in unmittelbarer Nähe ein zwölfjähriger Junge auf und lächelte ohnmächtig folgenden Gassenhauer den hohen Herrschaften entgegen: „Wer auf die SPD. vertritt, die die Panzerkreuzer baut, dem haben sie den Verstand geklaut.“

„Unerhört, was sich heute die Jugend erlaubt. Man sollte wirklich eine schärfere Kontrolle ausüben,“ brinste Frau Müller auf. In diesem Augenblick hatte auch schon einer der zahlreich in der Bahnhofs-

hofshalle herumstreichenden Biedermänner den Knirps gefaßt und ins Freie gesetzt.

Und nun war der große Augenblick gekommen. Unter schwarzweißen und schwarzrotgoldenen Fahnenwimpeln standen die Minister und Admirale, die Creme des neudeutschen Imperialismus, an Bord des neuen, eben fertiggestellten Panzerkreuzers. Frau Müller, von Hindenburg geführt, der Reichskanzler und links neben ihm der Staatssekretär Weizsäcker, schritten die Front ab, und begaben sich auf die Kommandobrücke. Ein linker Diener reichte Frau Müller zur Stärkung noch ein Glas Sekt und einige Kreidetabletten mit Zucker verseeht, die der Stimme einen besseren Wohlklang verleiht. Ein Böllerschuss wird gelöst, die Kapellen intonieren „Deutschland, Deutschland über alles!“ Dann tritt Frau Müller an die Brüstung. Lautlose Stille.

„Herr Reichspräsident, Herr Reichskanzler, meine Damen und Herren!

Wir haben uns heute hier versammelt, um das Schiff, das den Namen unseres verehrten Reichskanzlers, meines Gatten, Herrmann Müller, tragen wird, zu taufen, seinem Element zu übergeben.

Die Priesterin des neuen Kriegsschiffes drückt auf den Knopf einer elektrischen Vorrichtung. Wie ein Geschloß fliegt die Selbstläse im hohen Bogen über die Köpfe der Würdenträger hinweg, um am Bug mit lautem Knall zu zerspringen.

In diesem Augenblick sieht Frau Müller erst, wie die ganze erlauchte Versammlung weder auf den Wortlaut der Rede, noch auf den Taufakt geachtet hat, sondern schreckensbleich zum Ufer hinüberstarrt. Und dann hört sie dumpfe Rufe, abgerissene Gesänge — und wirklich, dort tief in den vier Straßen, die auf den Hafenplatz münden, sieht sie überall aufgestaute Menschenmassen, die offensichtlich auf den Hafenplatz vordringen wollen. Alle verfügbaren Polizeimannschaften sind bereits vom Hafenborplatz in die Straßen hineindirigiert worden. An zwei Stellen aber scheinen die Massen schon durchgebrochen zu sein. In der linken Seitenstraße dringt die Menschenmasse beängstigend schnell vor. Auf dem Schiff herrscht plötzlich ungeheure Erregung. Man sieht jetzt ganz klar, wenn die Demonstration gilt. Wenn nicht schnell gehandelt wird, dann wird die Masse auf Schiff vordringen. Ein überstürztes Gaste geht los. Jeder will sich zuerst retten. Hindenburg verliert beim Gedränge seinen Zylinder. Der Panzerkreuzerpriesterin wird das seidene Kleid zerrissen. Herrmann Müller landet halb ohnmächtig auf der Dampfpinnasse.

Schon stehen die ersten Rettungsschiffe mit ihrer Imperialistenfracht auf hoher See, das Deck des Panzerkreuzers ist leer. Die Wasser haben den Borplatz erreicht. Während die letzten Taupaten des Panzerkreuzers ungeschötternd mit den Dampfpinnassen das Weite suchen, stürmen die ersten Arbeiterschritte über den Landungssteig, über das Panzerkreuzerverdeck. Wenige Minuten später ist die schwarzweiße rote Kriegsflagge mit der schwarzrotgoldenen Wösch niedergeböhlt, und mit kräftigem Ruck steigt eine andere Flagge empor, die auf rotem Grund zwei Worte trägt: 7. November.

Sagan

Ernst Ramke, Artur Bürger, S. Scupin, Schokoladenhaus, Wäsche - Bettledern, Gustav Lehmann, Em. Meinisch, Fern. Bentert, Otto Schulz, Thiele & Kalbitz, Zur goldenen 34, Damenpub, Restaurant „Zur Weintraube“

Brot, Weiß- und Feinbäckeri, Adolf Sello, MAX APELT, S. & J. Cron, Alfred Müller, ELSE HOFFMANN, Die Saganer, Central-Molkerei, Central-Isorlan, Fahrrad, Nähmaschinen, Brand & Klaus, A. Michaels, Ring 33 Wäschehaus

Grünberg

P. Franke, Gelegenheitskäufe, G. Gebhardt, Ring 9, Automobil-Fahrschule, Köstritzer Schwarzbier, Kaufhaus Bornitein, W. Grau, Damenkonfektion, Biergroßhandlung Vinzenz Jänsch

Gothold Gabler, Glaserstr. 5, Billigste Bezugsquelle von Lebensmitteln, Fleisch- und Wurstwaren, Grünberger Bergschloß-Biere, August Gürnth, Karl Völkers, Möbel, Joseph Franz jr., W. Grau, Damenkonfektion, Biergroßhandlung Vinzenz Jänsch

Trinkt einheimisches Bier der Brauerei Bergschloßchen R.-G., Haynau, Hirschberg, Kaufhaus Hirsch, Herrmann Hirschfeld, D. L. Pariser's Wwe., Bekleidungshaus, A. Strokosch, Markt, G. Hof, Max Kühn, Spezial-Hut-Haus, Bunzlau, Fahrradhaus Hoffmann, Hirschberg-Cunnersdorf, Erich Schröter, Neusalz, M. Zuckermann, Herren-, Knaben- und Berufsbekleidung

Haynau, Marie Winter, Theodor Prinz, Max Grünbel, Otto Wietzorek, Gebr. Jammer, MAX SCHREIBER, Hermann Stiller, Schuhwaren, Goldberg, Herren- und Knabenbekleidung, Paul Förster, Alfred Richter, Refertiert 100, ZIGARENHAUS, August Rabus, Spezial-Hut-Haus, Bunzlau, U. Gumbmann, Des Ohschowitz, Fahrradhaus Hoffmann

Hirschberg, Fahrrad - Motorräder, Otto Scholz, H. Bruchmann, Fleischerei und Wurstfabrik, Wily Schröter, Kaufhaus Hirsch, OTTO SPUTH & SOHN, Herrmann Hirschfeld, D. L. Pariser's Wwe., Bekleidungshaus, A. Strokosch, Markt, G. Hof, Max Kühn, Spezial-Hut-Haus, Bunzlau, Fahrradhaus Hoffmann, Hirschberg-Cunnersdorf, Erich Schröter, Neusalz, M. Zuckermann, Herren-, Knaben- und Berufsbekleidung

Neusalz, Paul Walter, N. Stephan, Arbeiterbekleidung, Friebe & Grote, Lebrecht Hilgner, Möbelstickerie, Billigste Bezugsquelle, F. Kreidel, EMIL WIESNER, ALBERT KUNKE, Kaufhaus Bornstein, Freystädter Straße 14, Liegnitz, Brot, Weiß- und Feinbäckeri, Hugo Ritz, Berliner Fahrradhaus, Wily Rothe, Max Kühn, G. Hansen, Emma Rügge, Paul Groß, Wintergarten

Max Jordan, Friedrichstraße 30, HEINRICH HEIZNEL, Adolf Lehmann, Beste Bezugsquelle, Paul Wille, A. Gentschel, Kaufhaus Bornstein, Freystädter Straße 14, Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung, Gustav Blümel, Uhren und Goldwaren, Wily Rothe, Max Kühn, CARL KRÜGER, Max Süßmann, Herren- u. Knabenbekleidung, Fahrräder / Nähmaschinen

Sprottau, Berthehold, Breslauer Konfektionshaus, FAHRRADHAUS, Kolonialwaren, Billig und gut, Adolf Schindler, Glogau, Württembergwaren, Zigarren, Friseur W. Welzel, Motor- und Fahrräder, Brot- und Feinbäckeri, Mifa-Fahrräder, Preiswerte Tabakwaren, Liegnitz, Max Futter, Ring 9/10

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

An die Mitglieder der freien Gewerkschaften

Klassengenossen!

In den letzten Monaten tagten zahlreiche Kongresse eurer Gewerkschaftsverbände, Sport- und Kulturorganisationen. Laut verkündeten die sozialdemokratischen Führer dieser Verbände, daß sie im Namen von Millionen Proletariern ihre Reden halten und die Beschlüsse fassen. Die Kongresse hatten die hohe Aufgabe, die Politik und Taktik zu bestimmen für die nächste Periode des Kampfes der Arbeitermassen um bessere Lebensverhältnisse, für mehr Freiheit, gegen jede Kulturreaktion, gegen Kriegsgefahr und Faschismus.

Wir fragen euch: Haben die Tagungen, haben die Delegierten der Kongresse ihre Aufgabe erfüllt? Handelten sie in eurem Auftrage, in Übereinstimmung mit dem Willen der nach Millionen zählenden Organisationsmitglieder?

Wir, die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften und den anderen Arbeiterorganisationen, die wir den Kampf führen um die Durchsetzung einer Politik nach den Grundsätzen des Marxismus sagen euch:

„Die Parlamente eurer Organisationen“ haben ihre Pflicht nicht erfüllt. Ihr würdet belogen und betrogen.

Die Politik eurer sozialdemokratischen Verbandsführer, für die sie die Bekämpfung von den Kongressen forderten, dient nicht euren Interessen. Die angenommenen Anträge und Beschlüsse sind keine Richtlinien für den Kampf gegen die Ausbeuterklasse. Ihre Durchführung nützt den kapitalistischen Verrückten der Produktionsmittel.

Was propagieren die sozialdemokratischen Verbandsführer? Was für ein Politik, was für Methoden und welche Taktik wurden beschlossen? Man sagt euch: Der Weg zum Sozialismus führt nicht, wie es Marx und Engels den Arbeitermassen lehrten, über den unverfälschten und rücksichtslosen Klassenkampf gegen die kapitalistische Gesellschaft bis zu deren gewaltsamem Sturz und zur Errichtung der Herrschaft der proletarischen Massen, sondern über die Wirtschaftsdemokratie. In gemeinamer Arbeit mit euren schwerkapitalistischen Ausbeutern soll der Sozialismus aufgebaut werden.

Den Interessen der Wirtschaft, dem Gemeinwohl, das im kapitalistischen Staat nur ein Deckname für die Interessen der Bourgeoisie ist, sollt ihr eure Klasseninteressen unterordnen. Ihr sollt auf den Kampf um bessere Lebensverhältnisse, auf die Errichtung der bringenden notwendigen, einheitlichen, geschlossenen Kampffront, auf das Mittel des Streiks verzichten. Der Schlichter, der Reichsarbeitsminister, der Beauftragte der Trustherren und ihrer Regierung, soll eure Kampfkraft „erlösen“.

Jetzt ist der Sozialdemokrat Wiffell der Reichsarbeitsminister. Dieser bekannte Gewerkschaftsführer zwang den sächsischen Textilarbeitern durch einen verbindlich erklärten Schiedsspruch die 54tägige Arbeitswoche auf. In der Herrenkonfektion aber lehnte er die von den Gewerkschaften beantragte Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruches mit der geringfügigen Lohnerhöhung von 11 Prozent ab, weil die Unternehmer den Schiedsspruch bekämpften.

Derselbe Sozialdemokrat sabotierte die Durchführung des Reichstagsbeschlusses für die Arbeitslosen, durch den die Kräftefürsorge von 26 auf 39 Wochen und für alle über 40 Jahre alten auf 52 Wochen zu verlängern ist.

Man sagt euch weiter:

Die Periode der internationalen Verflechtung der kapitalistischen Wirtschaft, der kolonialen Ausbeutung, der ungeheuerlichen Kriegsrüstungen, der gesteigerten Ausbeutung und künftigen Massenverderblichkeit, der vielfach verschärften Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten und den Klassen, sei die Periode der wachsenden Friedensliebe. Die Vorbereitungen neuer Kriege, die Organisation des bewaffneten Angriffs auf die Sowjetunion durch die Imperialisten der ganzen Welt, will man euch als Maßnahmen zur Sicherung des Friedens vorkaufen.

Der 13. ADGB-Kongreß, der am 7. September seine Tagung in Hamburg beginnt, soll allein der Durchführung dieser illusionären klassenverräterischen Politik dienen.

Wehrlos sollt ihr der Kapitalistenbande ausgeliefert werden. Darum verbreiten eure sozialdemokratischen Führer die Illusionen über die Wirtschaftsdemokratie, den „friedlichen Weg“ zum Sozialismus, und zerstören die marxistische Ideologie unter den Mitglieder der Verbände.

Darum hindert man euch am einheitlichen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, unterstützt die Rationalisierungsmaßnahmen und proklamiert den „Kampf zur Milderung und Überwindung“ der Krisen, die sich zwangsläufig mit der fortschreitenden Entwicklung in immer verschärfterer Form aus den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Profitwirtschaft ergeben. Darum regiert man euch gemeinschaftlich mit den Vertretern des Schwerkapitals durch die Zusammenarbeit in der Koalitionsregierung, in den staatlichen Wirtschaftsorganen, Schlichtungsinstanzen, Untersuchungskommissionen und anderen der Unterdrückung dienenden Einrichtungen.

Um euch reif zu machen für die kommenden gewaltigen imperialistischen Kämpfe — gegen den russischen Arbeiter- und Bauernstaat — narret man euch mit der „Friedensliebe“ der imperialistischen Räuber und bewilligt gleichzeitig Millionen für Reichswehr und Flotte, beschließt den Bau des Panzerkreuzers und fördert die allgemeinen Kriegsrüstungen der deutschen Bourgeoisie.

Die Beherrscher eurer Organisationen werden euch sehr bald sagen: Der Friede ist nur gesichert, wenn Deutschland gerüstet ist. Wer für den Frieden ist, der helfe am Aufbau von Armee und Flotte. Denn wer sich auf den Boden des kapitalistischen Staates stellt und die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft fördert, wer die Arbeitermassen am gewaltigen proletarischen Klassenkampf hindert, der kämpft für die bürger-

lichen Interessen und für den Bestand der kapitalistischen Wirtschaft.

Kapitalismus bedeutet aber Unterdrückung! Imperialismus bedeutet Krieg!

Von der Anerkennung des kapitalistischen Staates ist es nur ein Schritt zur aktiven Unterstützung des Krieges. Die Führer der Sozialdemokratischen Partei und des ADGB haben mit der Bewilligung des Militärretats und der Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers diesen Schritt bereits getan.

Die Durchführung dieser bürgerlichen Klassenpolitik erfordert die Spaltung der Arbeiterklasse. Stehen die Proletariatsmassen geschlossen, kämpfen sie auf dem Boden des Marxismus, so ist die Durchführung dieser Politik unmöglich.

Klassengenossen! Augen auf!

Erkennt ihr nun, warum die sozialdemokratischen Führer versuchen, eure Gewerkschaften und Kulturorganisationen zu spalten, warum sie den gefährlichsten Kampf gegen die Vertreter des Marxismus und des revolutionären Klassenkampfes, gegen die unverfälschten Feinde der bürgerlichen Gesellschaft in den Organisationen führen, die oppositionellen Arbeiter, die Kommunisten ausschließen?

Erkennt ihr nun, welche ungeheuerliche Bedeutung die Beschlüsse der Verbandskongresse haben, die die Spaltungs- und Ausschlußmaßnahmen der Reformisten gutheißen und weitere Handlungen in dieser Richtung androhen?

Erkennt ihr nun, daß die Interessen der gesamten Arbeiterklasse gefährdet werden durch die Unterbindung der Demokratie in den Verbänden, durch die Verhinderung der Meinungsfreiheit, durch die Unterstützung der reaktionären Bürokratie.

Erkennt ihr nun, daß ihr führerlos seid, wenn ihr euch auf die sozialimperialistischen Spitzfunktionäre eurer Organisationen verlaßt?

Erkennt ihr nun, daß die Einheit der Arbeitermassen zum Kampf gegen die Bourgeoisie, daß die Geschlossenheit der Gewerkschaften, Sport- und Freizeitorganisationen nur im schärfsten Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer gesichert werden kann?

Die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Bau des Panzerkreuzers A hat eure Erregung gesteigert. Aber unterscheiden sich die Führer des ADGB von ihren Kollegen in der Koalitionsregierung? Unterstützen sie nicht die Politik der sozialdemokratischen Minister? Finanzieren sie nicht den Wahlkampf der Sozialdemokratischen Partei mit den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder? Sind sie es nicht, die die Arbeiterinteressen auf das ungeheuerlichste schädigen?

Sie sind es, die längst aus den Arbeiterorganisationen ausgeschlossen werden mußten. Den Ausbeutern und ihnen gilt der Kampf.

Klassengenossen! In immer größerer Zahl sammelt ihr euch um die revolutionäre Opposition. Aktiv unterstützt ihr die Maßnahmen der Kommunistischen Partei im Kampfe gegen die Kriegsrüstungen. Schulter an Schulter arbeitet ihr mit den Kommunisten und Roten Frontkämpfern zur Durchführung des Volksentscheids gegen den Bau von Kriegsschiffen.

Kampf gegen die Kriegsrüstungen!

Gegen Kriegsgefahr und Reaktion!

bedeutet aber nicht nur Kampf gegen den Bau von Panzerkreuzern und von anderem Kriegsmaterial.

Aktiver Kampf gegen den Krieg bedeutet rücksichtsloser Angriff auf eure Ausbeuter zur Hebung eures Lebensniveaus.

Aktiver Kampf gegen den Krieg bedeutet unverfälschter Kampf gegen die sozialimperialistischen Agenten in euren Klassenorganisationen, gegen die Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen.

Aktiver Kampf gegen den Krieg bedeutet, sich einzureihen in die Front der revolutionären Opposition, die geführt wird von den Kommunisten.

Von Breslau bis Hamburg

Zum 13. Kongreß des ADGB.

Von Paul Merker

Die Periode vom Breslauer bis zum Hamburger Kongreß zeigt die gleichmäßige Entwicklung der ADGB-Führer und der deutschen Bourgeoisie. Der Breslauer Kongreß tagte im September 1925, in der Zeit, als die Monopolisierung der deutschen Industrie unumkehrbar weitere riesenhafte Fortschritte machte. Durch die gleichzeitige Verbesserung des Produktionsapparates und der Arbeitsmethoden, mit den ausgeklügelten Rationalisierungsmaßnahmen gelang es, die Ausbeutung ungeheuerlich zu steigern. Aufgefordert von den Führern des ADGB, nahmen die Arbeitermassen die „Unkosten“ der Rationalisierung ohne Widerstand auf sich. Die ständige Reservearmee für die kapitalistische Ausbeutung verdoppelte sich gegenüber den Jahren der Vorkriegszeit.

Auf dem Breslauer Kongreß bestand eine klare Uebersticht über die Erfolgsmöglichkeiten der kapitalistischen Rationalisierung noch nicht. Das trat deutlich durch die Unsicherheit des von den Reformisten vollständig beherrschten Kongresses zu allen politischen und ökonomischen Fragen zutage. Nur eine Tatsache trat eindeutig und klar in den Vordergrund. Immer mehr kamen die führenden Elemente der deutschen Gewerkschaften zur Einsicht, daß ihre reformistische Politik einer besseren ideologischen Fundierung bedurfte, wenn weiterhin die Arbeitermassen durch sie beeinflusst und gebunden werden sollten.

Klassengenossen!

Diesen Zielen dient die von der Kommunistischen Partei organisierte Werbeweche für die freien Gewerkschaften, die in der Zeit vom 27. August bis 2. September stattfindet. Nur wenn neue Millionen in die Gewerkschaftsverbände hineinströmen, wenn sie verstehen lernen, daß der konzentrierten und gutorganisierten Kapitalistenfront eine ebenso starke einheitliche und klassenbewußte Arbeiterfront entgegengestellt werden muß, daß man den Kampf gegen die verräterische Politik der reformistischen Führer wirksam durchführen kann, wenn man als Mitglied den Gewerkschaften angehört, als aktives, ehrliches Gewerkschaftsmitglied, für die Interessen der Arbeitermassen tätig ist, kann der Reformismus überwinden und ein erfolgreicher Kampf gegen die herrschenden Ausbeuter geführt werden.

Die revolutionäre Opposition, die Kommunistische Partei ruft euch deshalb zu als Lösung: Hinein in die freien Gewerkschaften! Hinein in die Sport- und Kulturorganisationen!

Hinweg mit den reformistischen Verbandsführern!

Sichert euch durch Befugung der gewerkschaftlichen Funktionen im Betrieb und Verband gegen eine neue Ueberwindung der Arbeiterschaft durch die Sozialimperialisten nach dem Muster des 4. August 1914.

Nieder mit den Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen!

Keine Maßregelungen revolutionärer Arbeiter!

Sofortige Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen revolutionären Kämpfer!

Wiedereinsetzung der aufgelösten Ortsverwaltungen!

Für den Klassenkampf, gegen die Wirtschaftsdemokratie!

Für die internationale Gewerkschaftseinheit!

Kampf den imperialistischen Kriegsrüstungen, Kampf der Kriegsgefahr, dem Sozialimperialismus und dem Faschismus!

Verteidigt die Sowjetunion, das Vaterland aller Werktätigen!

Es lebe die Einheit der Arbeiterklasse und ihrer gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen!

Zentralkomitee der SPD.

Sektion der Kommunistischen Internationale

Görlitzer Steinarbeiter gegen Panzerkreuzer

Am Sonnabend, dem 18. August, fand die Mitgliederversammlung der Steinsetzer und der Berufsgenossen, Zahlstelle Görlitz, statt. Es wurde u. a. die Panzerkreuzerfrage behandelt. Nach ziemlich stürmischer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

„In einer stark besuchten Mitgliederversammlung der Steinsetzer und Berufsgenossen, Filiale Görlitz, wird das Verhalten der SPD. in der Panzerkreuzerfrage aufs schärfste verurteilt. Als klassenbewußte Kampforganisation und größte Gegner eines wiederkehrenden Völkermordens fordern wir, daß die Mittel, die für den Bau des Panzerkreuzers vorhanden sind, zweckentsprechend im Interesse des Proletariats verwandt werden.“

Kampfausschuß für das Ruhrgebiet gebildet

Essen, 25. August. (Sig. Draht.) In Essen wurde ein vorläufiges Komitee zur Vorbereitung des Volksbegehrens für das Ruhrgebiet gebildet, dessen Aufgabe sein soll, alle proletarischen Organisationen, Vereine und Belegschaften zum gemeinsamen Kampf gegen die Panzerkreuzerpolitik zusammenzufassen. Dem Komitee gehören bereits an: SPD., KPD., JCB., KVB., KJ., KZM., Rote Hilfe, JAG., Internationaler Bund der Kriegsbekämpften und der Bund der proletarischen Freidenker von Essen und Umgebung.

Das Komitee beschloß, die Bildung ähnlicher Komitees sofort in allen Städten des Ruhrgebietes durchzuführen und gleichzeitig an alle bisher nicht erfahren Organisationen heranzutreten und sie zum Beitritt aufzufordern.

Der Wiedereintritt der deutschen Bourgeoisie in den internationalen Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Staaten schloß ein Labieren unter Verwendung marxistischer Auffassungen zur Irreführung der Arbeitermassen aus. Die Verhältnisse zwangen die offiziellen Führer des ADGB, sich klar zu entscheiden. Schon längst hatten sie sich auf dem Boden des heutigen kapitalistischen Staates gestellt, ihn als die Basis, auf der der Sozialismus aufgebaut wird, unter den Massen propagiert. Das führte sie konsequenterweise zur Unterstützung der kapitalistisch-monopolistischen Wirtschaft und zur Ablehnung des Klassenkampfes.

Es galt darum, vor den Arbeitermassen den „friedlichen Weg zum Sozialismus“ aufzuzeichnen. Das veranlaßte die Führer des ADGB. schon auf dem Breslauer Kongreß, die Wirtschafts-demokratie als das „neue Ideal“ der Arbeitermassen zu proklamieren.

Das Problem selbst war noch verhältnismäßig ungeklärt. So konnte es dem Bundesvorstand passieren, daß der offizielle Referent (Professor Hermberg) unter dem Druck seiner eigenen wissenschaftlichen Einsicht über die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft und der Beziehungen zwischen den Klassen durch seine Ausführungen eher zu einer Entlarvung des wirtschaftsdemokratischen

Schwindel betrug, als aufragsgemäß seine Popularisierung und Verteilung unter den Arbeitermassen zu fördern.

Seit dem Bremer Kongress haben sich die Verhältnisse in dieser Hinsicht wesentlich geändert. Ein ungeheurer Sturz von bürgerlichen Intellektuellen und ehemaligen Marxisten hat die „Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“ in Form gebracht. Mit aller Rücksichtslosigkeit haben die Führer des ADGB auch die Reste der marxistischen Grundzüge über Bord geworfen und gliedern sich vollständig ideologisch und organisatorisch in die kapitalistische Gesellschaft mit ihrem Staats- und Wirtschaftsapparat ein. Sie sind zu aktiven Agenten der Industrieherrscher in den Reihen der Arbeitermassen geworden. Die Auffassung des Genossen Lenin über die Herausbildung einer korumperten arbeitervertretenden Schicht als besondere Erscheinung der imperialistisch-monopolistischen Phase bewahrt sich wiederum auch in Deutschland.

Die sozialdemokratischen Führer sind Teile der herrschenden Klasse geworden. Gerade in den letzten Wochen waren sie gezwungen, das der Welt Massen eindeutig zu enthüllen. Sie bewilligten den Panzerkreuzer A. Trotz allem Bestimmen und rabiolen Geschrei zur Ablehnung der Arbeitermassen von dem Verrat ist es unüberlegbar, daß diese Handlung nur eine logische Folge der gesamten Politik der sozialdemokratischen Führer ist.

Das Verschließen und Verschweigen der sich verschärfenden Widersprüche in der kapitalistischen Wirtschaft während der Periode der Monopole und Krise, die Förderung der Wirtschaftsentwicklung und damit des verschärften internationalen Konkurrenzkampfes durch die Gewerkschaftsführer, zwingt sie auch zur Unterstützung der Kriegsausrichtungen. Sie müssen für die Stärkung der Wehrmacht eintreten, die Kriegsgüter verzeugen, Mittel für die Produktion von Kriegsmaterial, von Panzerkreuzern und Flugzeugen für die kapitalistische Regierung bewilligen, als Minister der Großen Koalition selbst alle Maßnahmen durchführen zur Vorbereitung der neuen gewalttätigen Auseinandersetzungen, des Kampfes gegen die Sowjetunion.

Die Folgen dieser Politik zeigen sich in allen Fragen der Gewerkschaftsbewegung. Die Kämpfe der Arbeiter werden eingeeignet und

beschränkt. Das wiederum ist trotz einer glänzenden Wirtschaftskontinuität im allgemeinen nicht geblieben. Die Arbeiter stellen trotz ihnen eingepaßten statistischen Versicherungen fest, daß der Reallohn sinkt. Die Verbände des ADGB in ihrer Gesamtheit (1), die der Christen und Christen-Darstellungen dagegen wachsen. Das Festhalten einer revolutionären Anschauung und Politik in den freien Gewerkschaften hemmt ihre Entwicklung. Die Mitgliederzahl betrug nach dem Jahresbericht des ADGB:

1925	1926	1927
4 160 451	3 977 300	4 160 160

Das heißt, die Verbände haben noch nicht den Stand von 1925 erreicht, trotzdem die glänzende Kontinuität der kapitalistischen Wirtschaft in den Jahren 1926/27 gute Möglichkeiten für die Stärkung der Gewerkschaften brachten. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist seit 1925 von 751 535 auf 650 507, also um rund 100 000 gesunken, das zeigt den Weg, den die freien Gewerkschaften unter Führung der sozialimperialistischen Führer gehen. Den Organisationen gehören in erster Linie die qualifizierten Arbeiter, besonders die in den mittleren und Kleinbetrieben, an. Millionenmassen der schlecht-bezahlten Hilfsarbeiter in den Riesenbetrieben, den Stützpunkten der herrschenden Triumpbourgeoisie, Millionen der in die industrielle Tätigkeit einbezogenen Frauen und Jugendlichen sind nur ganz ungenügend von der gewerkschaftlichen Organisation erfasst. Die Politik der Reformisten hindert sie, den Weg zu den Verbänden zu finden.

Die Demokratie in der Organisation wurde weiterhin rücksichtslos und brutal unterdrückt. Es gibt keine Diskussionsfreiheit der Probleme des Klassenkampfes. Selbst der Vertreter der zentralistischen „Leipziger Volkszeitung“ geriet in Gefahr, wegen seiner zähen Kritik an der Politik der reformistischen Gewerkschaftsführer aus dem Tagungslokal des Bundeskongresses der Verlagsarbeiter hinausgeworfen zu werden. Die revolutionäre Opposition wird mit allen Mitteln, selbst unter Verwendung von Polizeibeispielen, auf das entschiedenste bekämpft. Die Organisationen werden immer mehr zu sozialen Unterstüßungseinrichtungen verwandelt. Das beweist auch die Verwendung der Mitgliederbeiträge. Es wurden aufgebracht und für Streiks und Aussperrungen ausgegeben:

Einnahmen	Ausgaben für Streiks und Aussperrungen
1925 147 Millionen	26 Millionen
1926 148 „	27 „
1927 182 „	0 „

Wir erinnern daran, daß im Jahre 1927 große Aussperrungen stattfanden, so daß der größte Teil der neun Millionen für die Unterstützung der Opfer von Unternehmerangriffen auf die Arbeiterkraft und nicht der Unterstützung von Arbeitern diente, die einen Angriff auf das Unternehmertum unternahmen, um ihre Lebensverhältnisse zu bessern.

Mehr als 70 Millionen Gewerkschaftsgelder legte der ADGB durch die Arbeiterbank fest und entzog sie damit der Verwendung zu Kampfzwecken. Die Einführung der Invalidenversicherung ist eine weitere Maßnahme zur Verwandelung der Verbände in wichtige Stützen des kapitalistischen Staates.

Das innere Leben der Verbände verblet. Nur ein schmaler Stab von Funktionären beteiligt sich im allgemeinen an der Verbändearbeit. Nur Vorbereitung des Hamburger Kongresses versuchte allein die revolutionäre Opposition die Diskussion über die Probleme des Gewerkschaftskampfes zu entfesseln. Nur 32 von den 12 000 Ortsgruppen der freien Gewerkschaften, die sich unter reformistischer Leitung befinden, stellten an den Kongress Anträge.

Wird Hamburg diesen Kurs der Gewerkschaften ändern, wird er das Steuer herumreißen? Wir sagen nein! Dem 13. Kongress hat der Bundesvorstand die Aufgabe gestellt, die von uns geführte Politik unter den Massen weiter zu verbreiten und zu vertiefen. Die Anträge des Bundesvorstandes an den Kongress bestätigen das.

Es hängt allein von der Tätigkeit der revolutionären Opposition in den Gewerkschaften ab, ob die gewerkschaftlichen Organisationen noch mehr als bisher zu Stützen des kapitalistischen Staates oder zu Werkzeugen des rücksichtslossten Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie werden. Die Aufgabe ist schwer. Aber es gibt nach dem Wort von Karl Marx keine noch so schwierige Aufgabe, die eine ihrer Kraft bewußte Arbeiterkraft nicht lösen könnte.

Die werktätige Frau

Sozialdemokraten für die Beibehaltung des Abtreibungsparagraphen

Ein Nachwort zur Brüsseler Frauenkonferenz der 2. Internationale

Die SPD hat es nicht nur verstanden, vor den Reichstagswahlen ihre durch die wirtschaftliche Not nach links gerückten Wählermassen mit dem Juchebrot bazillischer Phrasen anzulocken, um sie nachher mit einem netten kleinen Panzerkreuzer zu beschützen, sie hat es u. a. auch verstanden, große proletarische und kleinbürgerliche Frauen-schichten, die gegen das Wirtschaftssystem der rücksichtslosen Rationalisierung aufbegehren, in ihren Bann zu ziehen. Wenn wir das Ergebnis der Reichstagswahlen betrachten, erkennen wir, daß ein bedeutender Teil des Stimmengewinns der SPD aus Frauen besteht. Womit wurden diese Frauen in der Hauptsache in die Arme der SPD getrieben? Nicht zuletzt durch die Hoffnung, daß sie ihre Stimme einer Partei geben, die u. a. gegen den berüchtigten Abtreibungsparagraphen den Kampf führen wird. Aber Worte und Taten der Sozialdemokratie stehen schroff einander gegenüber. Während es heute leider noch so manche proletarische und kleinbürgerliche Frau gibt, die in der Illusion lebt, die SPD meint es ernstlich in ihrem Kampfe gegen den § 218 und wird nun endlich einmal doch eine rücksichtslose Amnestiekampagne für die durch diesen Schandparagraphen Verurteilten einleiten — soll hier ganz einfach auf Tatsachen hingewiesen werden, die ohne jedes Hinzufügen geeignet sein dürften, eine jede derartige Illusion zu zerstreuen, sowohl in Deutschland, wie auch in anderen kapitalistischen Ländern.

Denn nicht genug, daß auf der Frauenkonferenz der 11. Internationale die französische Vertreterin offen für die Militarisierung der Frauen und Kinder im Kriege für den sogenannten „Verteidigungskrieg“ eintrat, was sogar innerhalb der in dieser Hinsicht sehr abgeklärten 11. Internationale als aufsehenerregende Tatsache registriert wurde, haben es einige Sozialdemokraten auch zustande gebracht, für die Beibehaltung des Abtreibungsparagraphen einzutreten.

In der Resolution, die in der heiß umstrittenen bevölkerungspolitischen Frage angenommen wurde, steht außer jenen belanglosen Allgemeinheiten keine Silbe von einer Stellungnahme gegen die Beibehaltung der Abtreibung, kein Sterbenswörtchen von dem Gebrauch empfängnisverhütender Mittel. Das einfache Weglassen dieser wichtigen Momente hat auf der Frauenkonferenz eine Diskussion heraufbeschworen, die aber von der sozialdemokratischen Presse ziemlich totgeschwiegen wurde.

Die Annahme dieser Forderungen in die Resolution wurde u. a. von den Vertreterinnen Frankreichs, Hollands und insbesondere Englands auf das entschiedenste bekämpft. Ja, die Vertreterin der Labour Party verteidigte sich so weit, daß sie sogar gegen die bloße Behandlung dieser Frage Stellung nahm und lehnte es kategorisch ab, diese Frage innerhalb der Labour Party auch nur anzuschneiden. Diese fast tömliche Ablehnung wurde u. a. mit Argumenten unterstützt, daß man solche und ähnliche Fragen vor den englischen Frauenmassen gar nicht zur Diskussion stellen könnte, und man in England von der Straffreiheit der Abtreibung gar nicht so richtig überzeugt sei. „Das steht hinter dieser beispiellosen Bräuberin in Brüssel? Derselbe Zusammenbruch der Labour Party mit dem Bürgertum (Annäherung an die Liberalen), wie es die SPD in Deutschland mit ihrer Koalitionspolitik in die Praxis umgesetzt hat. Es ist selbstverständlich, daß diese Politik der Einheitsfront mit dem Bürgertum nur die Preisgabe der elementarsten proletarischen Forderung zur Folge haben kann, sowohl in England wie in Deutschland. Dabei soll noch festgestellt werden, daß es die englische Sozialdemokratie mit einer Leichtgläubigkeit hätte durchziehen können, daß die Abtreibungsfrage auch den Frauen der Labour Party vorgelegt werde, denn auf dem Anfang des Jahres stattgefundenen Parteitag der Labour Party wurde bereits ein Antrag zur Behandlung dieser Frage eingebracht, der mit 27, also nur einer Dreistimmenmehrheit, abgelehnt wurde.

Es ist charakteristisch für den Zustand der Sozialreformisten, daß gerade einer seiner weiblichen Vertreter gegen dieses für die proletarischen Frauenmassen so brennend aktuelle Problem Stellung nimmt.

Anfang für die weitgehendsten sozialdemokratischen Maßnahmen einzutreten, wie sie in Sowjetrußland bereits zur Wirklichkeit geworden sind. Begnügt sich die Resolution mit folgender verschwommener Formel:

„A. Erhebungen über folgende Tatsachen: a) die Todesursache bei Kindern; b) der Einfluß der körperlichen Arbeit von Mädchen

und Frauen auf ihre künftige Mutterchaft; c) die Wirkung der häufigen Schwangerschaften auf die Gesundheit der Mutter.“

Also Erhebungen von Tatsachen an Stelle von wirksamen Kampfes- und Abwehrmitteln gegen die sozialen Ursachen, von denen die proletarische Mutter und Kind betroffen sind. Man muß unwillkürlich fragen: Und was dann, wenn alle diese Erhebungen erfolgt sind? Wie soll Abhilfe geschaffen werden? Was dann weiter, wenn man z. B. über die „Wirkung der häufigen Schwangerschaft auf die Gesundheit der Mutter“ Material gesammelt hat? Ruß nach dieser Fragestellung nicht als automatische Konsequenz die Straffreiheit für die Abtreibung und der Eintritt für den Gebrauch empfängnisverhütender Mittel folgen? Und gerade diese Konsequenz ist der wunde Punkt, der mit großem Nach und Nach aus der Resolution gestrichen wurde. Liegt hier nicht derselbe krasse Widerspruch, der sozialdemokratische Resolutionen überhaupt kennzeichnet: leere Worte . . . ohne Konsequenz?

Man kann jedoch nicht auf die Dauer ungestrafte Resolutionen gegen die Bedürfnisse der Massen annehmen, das mühten sogar die oppositionellen Vertreterinnen der Frauenkonferenz in ihrer Sondererklärung zum Abtreibungsparagraphen feststellen:

„Viel zu kurz ist schon in den einzelnen Ländern die Bewegung gegen dieses Unrecht, viel zu sehr ist in zahlreichen Ländern die Desertion seit Jahren mit der Reform dieser Gesetzbestimmungen beschäftigt.“

die sich hierbei gar nicht bewußt waren, daß in ihr eigenes Todesurteil unterzeichneten.

Ja, wer die Vertreterinnen der 2. Internationale (ob ihr nun halb oder ganz für die Beibehaltung des Abtreibungsparagraphen sein sollten), die Geschichte hat ihre eigenen Gesetze, die sich auch gegen eure Resolutionen bewahrheiten. Umsonst werdet ihr diesem elementarsten Bedürfnis breiterer Frauenschichten, dem Unrecht dieses Schandparagraphen reformistische Dämme und Stauwerk entgegenstellen,

die proletarischen Frauenmassen werden sie durchbrechen, auch ohne euch, auch gegen euch!

Auch die „linken“ Sozialdemokraten werden keinen Ausweg schaffen, sollten sie scheinbar auch gegen den Abtreibungsparagraphen diskutieren. Als typisches Beispiel sei hier auf die aufstromarxistische „linke“ Auffassung hingewiesen. Während man in Brüssel so im allgemeinen gegen den Abtreibungsparagraphen deklamiert, tritt der Wiener „Zachverwandte“, Professor Zandler, theoretisch gegen die restlose Freigabe und Straffreiheit der Abtreibung ein. . . da dies eine Verminderung der Bevölkerung zur Folge hätte. (Also: dem kapitalistischen Staat bliebe weniger Kanonenfutter.)

Es mögen nun rechte oder linke Sozialdemokraten gegen den Willen der Massen noch so manche nette Resolution annehmen, eines ist sicher, daß sich die Massen in ihrem Kampfe in der Richtung den Durchbruch verschaffen werden, wo ihre wirklichen Bedürfnisse liegen, und sie werden dabei erkennen müssen, daß nur die kommunistische Partei ihre wirkliche Interessenvertreterin ist.

Und der Weg zu diesem Ziel wird derselbe sein, auf dem Sowjetrußland gegangen ist.

Kinder starben an Unterernährung

Der Bau des Panzerkreuzers A signalisiert das gesteigerte Rüstener den deutschen Bourgeoisie zu einem neuen Völkermorden. Es ist deshalb immer und immer wieder notwendig, an die Leiden zu erinnern, die die werktätigen Frauen in der Zeit von 1914 bis 1918 durchgemacht haben. Eine Arbeiterin schreibt uns: Wir waren erst kurze Zeit verheiratet und mein Mann war schon länger erwerbslos gewesen, als er im Frühjahr 1915 eingezogen wurde. In bitterster Not blieb ich mit meinen drei Kindern und zum Erbarmen unterernährten Kindern zurück; das älteste war drei Jahre. Um mit den Kindern nicht zu verhungern, denn von der Unterstützung konnte keine Familie leben, mußte ich als Munitionsarbeiterin in die Fabrik gehen. Die Kinder brachte ich ins Kinderheim, wo ich ohne Erbarmen die ganze Kriegsernährung und auch noch die Hälfte meines Verdienstes bezahlen mußte. Nach einem Jahre kam mein Mann auf Urlaub. Ich gebor dann wieder ein elendes Kindchen. Es starb nach acht Wochen an Unterernährung, ohne daß der Vater es überhaupt gesehen hätte. Ein Jahr später erkrankte der mittlerweile sechsjährige Älteste an derselben Proletarierkrankheit. Er jammerte ständig nach seinem Vater. Aber alle meine Depeschen und die einer gutmütigen Herzkin konnten das Herz des Feldwebels nicht erweichen, den Vater auf ein paar Tage freizulassen. Erst ein Brief der Verzweiflung von

mir, ich ginge ins Wasser, wenn er meinen Mann nicht schickte, hatte Erfolg. Allerdings lag mein Herzjunge schon drei Monate unter der Erde, als der Vater endlich kommen durfte! Bis zum Kriegsende mußte ich schwere Arbeit leisten, um nicht ganz zu verhungern. Wir Frauen denken mit Grauen an die Kriegszeit zurück. Wer auch nach dem Kriege kam nicht die gelobte Zeit. Im Gegenteil. Recht schlecht geht es heute jeder Arbeiterfamilie. Und schon wieder rufen die Kapitalisten aller Länder zu neuem schrecklichen Morden! Nein, wir wollen das nicht. Einen Krieg soll es noch geben: den endgültigen gegen die Parasiten und Ausbeuter. Dann Sozialismus und Weltfrieden!

Panzerkreuzer im Hungerdeutschland

Eine Arbeiterfrau schreibt uns:

Wir Arbeiterfrauen fragen uns bergab, wozu brauchen wir Panzerkreuzer, wenn Tausende elende Proleten Kinder kein Hemd auf dem Leibe haben und für Millionen Kriegstrüppel und Kriegshinterbliebene keine Hilfe da ist? Wozu brauchen wir Panzerkreuzer in unserer großen Wohnungsnot, wo in einem Hause 24 Familien, in einer Wohnung von zwei oder drei Zimmern 12 und 18 und oft noch mehr Personen wohnen? Warum wird das Geld für die Panzerkreuzer nicht verwendet für Wohnungsbauten, warum nicht für Kinderheime und Kinderpflegungen?

Was hat uns die SPD vor der Wahl versprochen? Was hat sie geschrieben? „Wir wollen keine Panzerkreuzer.“ Und wie steht es jetzt aus? Müßen wir Arbeiterfrauen, müßen die vielen Frauen, die auf den Schwindeln hereinfielen und SPD wählten, nicht endlich mal klug werden? Müßen sie sich nicht fragen, warum verspricht die SPD uns das Blaue vom Himmel, wenn sie uns nachher so erbärmlich beträt? Wir Arbeiterfrauen müßen uns sagen: Wir wollen keine Panzerkreuzer, die doch nur gebaut werden, um unsere Brüder zu morden, um ihre Kanonenrohre gegen unser aller Vaterland, Sowjetrußland, zu richten! Darum möchte ich allen Frauen sagen: Wendet euch ab von der verräterischen SPD. Kommt zu der SPD. Sie hat euch vor der Wahl nichts vorgemacht. Kämpft mit der SPD, um den Volkentscheid gegen Panzerkreuzer. Wir wollen alle gemeinsam kämpfen um ein besseres Los. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen müßen erkennen, wo sie hingehören und gemeinsam mit der SPD die Panzerkreuzer-Helden zum Teufel jagen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für „Gewerkschaften“ und „Betriebe im Kampf“ und „Madenburg“ Wilhelm Dietrich, für „Breslau“, „Ebeling“ und die übrigen Verlagen Friedrich Jolla, sämtlich in Breslau. Für den oberleitenden Teil Theodor Kellert, Gletzig. — Für Inserate W. Gerber-Breslau

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36300

Täglich 20 Uhr:
Die große
Ausstattungs-
Revue

Wissen
Sie
schon?

Wußt von
Fritz Behner

Schuh - Maßgeschäft
Paul Naß
Hindenburg, Paulstr. 23
Sämtliche Reparaturen werden
schnell, sauber
und preiswert ausgeführt

Sie verdienen
Sie täglich
10 Mark
mit Schnürfessel
Nur persönl. kommen

Reste
Serge, Kiltel, Leinwand, Aermelstücker
Kohhaar, Garn, Knöpfe
Kernseife, Erdal
alles sehr billig
prima Ware

Detail und Engros
Berth. Lippert
Breslau
Reinischstraße 16
Hilfste: Oberstr. 17
Weißbergergasse 43

PEUVAG
Papier- Erzeugungs-
und Verwertungs-
Aktien- Gesellschaft
Berlin
Filiale Breslau
Trebnitzer Str. 50

Sprechapparate
Schallplatten
Mandolinen
Lauten
Ziehharmonika

2-3 Mark
wöchtl. Abzahlung
Mücke, Tauentzienstr. 61

Abteilung
Buchdruckerei

Wir stellen bei
einer billigeren Berechnung
Programme
Eintrittskarten
Briefbogen
Plakate
Rechnungen
Flugblätter
etc. alle Drucksachen
für
Private, Vereine
und Behörden

Achtung! Augen auf!

Vollständig neues Programm der TROMMLER in der gewaltigen Kundgebung der Kommunistischen Jugend am Donnerstag, 30. August, im Zentralballsaal, Westendstraße. Eintritt 50 Pfg., Jugendliche und Erwerbslose 30 Pfg.

Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte

Alle kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte erscheinen Dienstag, den 28. August, 10 Uhr in der „Werkstatt“, Mauritianusplatz. Erscheinen Pflicht!

Fortwährende Verschlechterung der Arbeitsmarktlage

Beacht für die Zeit vom 9. bis 15. August. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage hält weiter an. In der Provinz Niederschlesien stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 57 579 auf 58 527, die der Hauptunterstützungsempfänger von 32 173 auf 32 590, und zwar stieg die Zahl in der Arbeitslosenversicherung von 26 416 auf 26 904, während die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger von 5768 auf 5888 fiel.

In der Stadt Breslau stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 22 000 auf 22 570 und die der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von 10 866 auf 10 998. Die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger ist von 4020 auf 4856 zurückgegangen.

Reinhold braucht eine Brille

Reinhold Dars, der unsterbliche Komiker der „Volkswacht“, hat sich wieder mal einen Witz geleistet. In der gestrigen Ausgabe des „Organs der werktätigen Bevölkerung“ berichtet er freudbestrahlend, daß die roten Frontkämpfer bei der Demonstration am Sonntag einen „russischen Panzerkreuzer“ umhergetragen hätten. Sollte „Reda“ wirklich schon so schlecht sehen, daß er das „A“ auf dem Panzerkreuzer nicht erblende, oder sollte sich sein Geist infolge der Aufregung über den Verrat seiner Ministergenossen so verwirrt haben, daß er nicht erkennen konnte, um was es sich bei diesem Panzerkreuzer handelte? Oder was das Wahrscheinlichste ist, hatte „Reda“ etwa vorher zu tief ins Gläschen geguckt?

Achtung! Gartenspiele des KJB. am Sonntag

Am kommenden Sonntag veranstaltet der KJB, Ortsgruppe Breslau, für die Arbeiterschaft des Döhlauer Tor, der Scheiniger Vorstadt und der Oberorts in Knoblich „Paradies“ in Döhlitz, für die Arbeiterschaft des Südens, Zentrums und Westens bei Hoffmann in Pöpelwitz je ein Gartenspiel. Sämtliche Kapellen des KJB werden in diesen sozialen Doppelspielen teilnehmen. Durch Preisstücken und Glücksspiel wird für Unterhaltung gesorgt. Damit die Kinder nicht zu kurz kommen, sind Kinderbelustigungen vorgesehen. Kurz, es werden einige Stunden der Unterhaltung geboten, wo sich unsere Kameraden und Genossen sowie die mit uns sympathisierenden Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern in zwangloser Geselligkeit zusammenfinden können. Der Beginn ist auf 15 Uhr angesetzt. Der Eintritt ist frei, das Programm kostet 10 Pfennig. Wir erwarten die regste Beteiligung seitens der Breslauer Arbeiterschaft.

Panzerkreuzer im Zentralballsaal. Aus Anlaß des 14. Internationalen Jugendtages spielen am Donnerstag, dem 30. August, die „Trommler“ ein völlig neues Programm im Zentralballsaal. Wir erwähnen heute nur daraus: „So, so ein Panzerkreuzer.“ „Die Oberstleutnantsmutter“ von Kasimir Eubliker, die bei ihrer ersten Ausführung vor wenigen Tagen in Görlitz einen ungeheuren Erfolg hatte, „Sacco und Vanzetti“ und viel anderes. Es finden ferner Sprechstunde, Konzerte und Ansprachen statt. Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind bei allen Partei- und Jugendfunktionären zu haben, ebenso an der Abendkasse.

12 000 Mark veruntreut. Am Sonnabend wurde die Sekretärin der Direktorin eines schlesischen Badeortes verhaftet. Man konnte ihr nachweisen, daß sie im Laufe eines Jahres circa 12 000 Mark unterschlagen hatte, und zwar durch Scheckfälschungen. Die Sucht, die vornehme Dame zu spielen, hatte sie dazu verleitet. Vorgefunden wurden bei ihr noch 812 Mark. Außerdem konnte eine Menge von Kleidern, Wäsche, Schmuckgegenständen usw., die in fünf Kisten verpackt waren, bei einem Verwandten von ihr beschlagnahmt werden.

Von einem Lastkraftwagen totgefahren. Am Sonnabend, nachmittags gegen 3,30 Uhr, wurde in der Frankfurter Straße, Ecke Gillystraße, der Eisenbahnwärter Wilhelm Franke aus Marzschütz bei Breslau, als er dort mit seinem Rade entlangfuhr, von einem Lastkraftwagen erfasst und überfahren. Franke wurde in schwerem verletztem Zustande nach dem Krankenhaus geschafft, wo er nach zwei Stunden seinen Verletzungen erlegen ist. Der Lastkraftwagen soll unvorschriftsmäßig gefahren sein.

Nazis. Die Breslauer Kriminalpolizei nahm in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, gegen 1 Uhr, eine Nachstreife in der Schweidnitzer Straße, Tauranzienstraße, am Christophoriplatz usw. vor. Dabei wurden 41 Personen festgenommen und zum Polizeigefängnis gebracht. Unter ihnen befanden sich 19 Frauen und Mädchen, von denen elf obdachlos waren.

Die Tätigkeit der Feuerwehr. Am 25. August, kurz vor 13 Uhr, waren circa 300 Meter oberhalb des Oberschloßgäns, wahrscheinlich durch unvorsichtiges Wegwerfen eines Streichholzes, 1500 Quadratmeter Gras und Gehölz in Brand geraten. Das Feuer wurde ausgegossen und mit der Eimerspritze abgelöscht. Kurz vor 14 Uhr mußte die Feuerwehr nach Steingauer Straße 1 ausrücken. Durch Rauehängen Brennbaren Gegenstände an einen geheizten Ofen waren in einer Wohnung im zweiten Stock ein Vorhang und mehrere Kleidungsstücke zur Entzündung gekommen. Kurz vor 20 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Müllabdeplatz in Gendau alarmiert, da hier Müll in Brand geraten war. Zur Abkühlung des Feuers mußte eine Wasserversorgung vorgenommen werden.

A no

Weltbühne. Der Polizeiflieger von Kalifornien. Ein raffiniert gedrehter Propagandafilm für das „Stille, ungenügende“ Wirken der Polizei. Kalifornien wird von einer Bande von Zumeleddieben heimlich durch die Polizei erobert. Der Führer der Bande, der Profitorst in einer großen Zumeleddiebe ist.

Breslau, den 28. August 1928.

Der Kampf in der Herrenkonfektion ist entbrannt. Die Verbände, die im Herbst vorigen Jahres eine zehnprozentige Lohn-erhöhung bis zum 30. April abgeschlossen hatten, kündigten den Tarif nicht zum erstmalig zulässigen Termin, sondern erst zum 30. Juli. Das zeigt, wie berechtigt die Kritik der Mitglieder ist, die sich immer gegen langfristige Tarife wandten, deren Abschluß nach Saisonfrist nicht und natürlich den Kampf um eine Befriedigung der Arbeits- bedingungen außerordentlich erschweren muß. Bei den Forderungen, die nun im Juni von den Gewerkschaften eingeleitet wurden, hatten die Konfektionsarbeiter nicht voll und ganz auf ihre Rechnung. Insbesondere wurde keine zufriedenstellende Forderung in bezug auf die Prämienklausel gestellt. Die Unternehmer, die durch die falsche Politik der Gewerkschaftsführer in den letzten Kämpfen ermutigt waren, leisteten nun bei den Verhandlungen einen hartnäckigen Widerstand. Auf keinen Fall wollten sie irgendwelche Lohn-erhöhung bewilligen und ließen es zu Verhandlungen vor dem Schlichtungs- gremium, da sie von diesem schon oft Hilfe bekommen hatten. Nach hartnäckigen Auseinandersetzungen wurde ein Schlichtungs- gericht für die Spitzenbediener ab 15. August 5 1/2 Prozent und ab November nochmal 5 1/2 Prozent Lohn-erhöhung bringt. Dieser Schlichtungs- spruch wurde von einem großen Teil der Kollegen im Reich bei den Abstimmungen zurückgewiesen. Die Unternehmer lehnten diesen Schlichtungs- spruch rundweg ab, weil sie nur mit einer Lohn-erhöhung von 6 bis 7 Prozent gerechnet hatten. Die Arbeitnehmerorganisationen beantragten daraufhin die Verbindlichkeitsklärung, die jedoch von dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wiffell mit dem Vermerk abgelehnt wurde, daß dieser Schlichtungs- spruch für die Unternehmer nicht tragbar sei. Obwohl die Gewerkschaftsführer die Bewegung gern mit dem schlechten Schlichtungs- spruch abgetrieben hätten, waren sie nun gezwungen, Kampfmaßnahmen zu- zulassen. Die Gewerkschaftsvorstände berieten sofort eine Reichs- konferenz der Brandenburger ein. Sie wären sich schon darüber einig, den Kampf nicht bis aufs äußerste zuzuspitzen und erreichten auch auf der Konferenz den Beschluß, daß vorläufig nur ein Teil der Betriebe in den Streik treten sollten. Den Teilstreik be- antworteten die Unternehmer mit der Gesamtausperrung.

Ueber den gegenwärtigen Stand des Kampfes wird uns von einem Breslauer Bekleidungsarbeiter geschrieben: Nachdem die Gewerkschaft den Teilstreik als erste Etappe zur Erlangung der 11prozentigen Lohn-erhöhung für angebracht hielt, haben die Unter- nehmer die Generalausperrung ab Montag, den 27. August, be- schlossen. Nun daheim mit Gewerkschaftsmitgliedern, die sonst so mit der Proklamierung des Teilstreiks nicht einverstanden waren, jetzt wird auf der ganzen Front gekämpft, so daß es möglich wird, wenig-

stens bis 11 Prozent Lohn-erhöhung durchzusetzen. Aber weit gefehlt! Die Herren Gewerkschaftsführer sind anderer Meinung. Der Gipfel ihrer Schlaueit findet seinen Ausdruck darin, daß man die Unter- nehmer vom Streik aus zu schlagen, die nicht dem Verbande der Konfektionsunternehmer angeschlossen sind. Das bedeutet für Breslau ungefähr folgendes: Wir haben hier fast 80 Unternehmungen für Herrenkonfektion, davon sind drei Fünftel außerhalb des Unter- nehmerverbandes. In diesen Betrieben soll nach Ansicht der Gewerkschaftsführer weitergearbeitet werden. Durch diese Maß- nahmen werden nur die dort Beschäftigten und gewerkschaftlich orga- nisierten Kollegen zu gewerkschaftlich organisierten Streikbrechern degradiert. Nicht genug damit, daß die Schlagkraft der Streikenden vollständig lahmgelegt ist, leistet man durch so eine Maßnahme die besten Handlangerdienste für die Profittier der Konfektionskapita- listen. Diese falsche Streikpolitik ist nichts anderes als ein neues Ein- verständnis mit der Abschaffung der elfprozentigen Lohn-erhöhung durch das Arbeitsministerium. Die Gewerkschaftsführer wissen, was sie ihrem Genossen Wiffell schuldig sind.

Kollegen und Kolleginnen, erkennt, wohin Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum, Koalitionspolitik und Wirtschaftsdemokra- tie führen. Entzieht der Gewerkschaftsführung das Vertrauen! Schafft euch eine Leitung, die euren Bedürfnissen Rechnung trägt. Schart euch um die Opposition. Proklamiert in allen Betrieben den Streik! Selbst keine Streikbrecherei!

Die scharfmacherischen Unternehmer erklären, daß für sie der Schlichtungs- spruch untragbar sei. Sie werden damit unterstellt von dem sozialdemokratischen Arbeitsminister Wiffell, der seine Entschel- dung wörtlich folgendermaßen begründet:

„Das Ausmaß der Lohn-erhöhung, das sich im Durchschnitt auf etwa 11 Prozent stellt, nach Ansicht der Arbeitgeber wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen ist. Es besteht in der Tat begründeter Zweifel, ob diese Lohn-erhöhung für alle Unternehmer der Branche tragbar ist.“

Die Konfektionsarbeiter können daraus erkennen, daß sie vom Schlichter Wiffell nichts zu erwarten haben. Schluß mit der Ein- mischung der Schlichtungsinstanzen! Die Ausperrungsbewegung der Unternehmer muß mit dem allgemeinen Streik auf der ganzen Linie beantwortet werden. Die Konfektionsarbeiter müssen so lange geschlossen zusammenstehen und durchhalten, bis ihre Forderungen bewilligt sind.

Alle Bekleidungsarbeiter müssen in diesem schweren Kampfe der Konfektionsarbeiter gegen das Unternehmertum und die Wirtschaftsdemokratie die Streikenden moralisch und finanziell unterstützen, dann werden auch die Konfektionsarbeiter binnen kurzem einen Sieg über das Scharfmachertum in der Bekleidungsindustrie erringen.

Achtung, kommunistische Metallarbeiter!

Am Mittwoch, dem 29. August, 10,30 Uhr, findet bei Graf, West- endstraße, eine wichtige Besprechung statt, zu der alles zu erscheinen hat.

Wir Proletarier können die Begeisterung für das „Stille Heldentum“ der Polizei nicht teilen. Der Film „Die Königin des Herzens“ übertrifft an Blödsinn noch die üblichen Durchlaufkassette. Trotz aus- gezeichneter Besetzung mit Lane Reid und Käthe Magy wird der Bild- sinn nicht genießbarer. Wann werden endlich einmal solche Schund- filme verschwinden?

Apollo-Lichtspiele. „Die elf Teufel.“ Eine Fußballmann- schaft sind diese elf Teufel. Ihren Mittelfürmer versucht man durch Verpöschung in eine bürgerliche Mannschaft zu bekommen. Doch was durch Weiblichkeit und Schönheit zu gewinnen scheint, wird durch guten Kameradschaftsgeist und — eine hübsche Fußballfee glücklich vereitelt. Der Film zeichnet sich durch lottes Spiel und interessante Aufnahmen vom Sportplatz aus. Dienstag bis Donnerstag „Das Erwachen des Weibes.“

Oberst-Lichtspiele. „Der goldene Abgrund.“ Das Motiv dieses modernen Abenteuerfilms ist ziemlich phantasiereich zurecht- gebracht. Ein Arzt hält geirrandete Exzistenzen vom Selbstmord zu- rück, um sie durch Versprechungen für eine Expedition zu gewinnen. Das Ziel ist eine Insel, die als Rest der verfunkenen Antlantis un- geheure Schätze bergen soll. Nach gefährlichen Abenteuern wird die Insel durch Erdbeben zerstört und nur zwei Teilnehmer kehren mit einem unter seltsamen Umständen aufgefundenen Mädchen zu- rück. Bis auf einige kitschige Momente befriedigt der Film durch interessante, lebendige Handlung. Von Dienstag bis Donnerstag „Soldat Schweif an der Front.“

Mittelschlesien

An die Arbeiterschaft von Schottwitz und Umgebung!

Am Donnerstag, dem 30. August, um 20 Uhr, findet bei Prescher eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Dombrowski spricht über

Panzerkreuzer, Koalitionspolitk, Volkseinfried Arbeiter, erscheint zahlreich!

Strehlen. Am Sonnabend fand in Strehlen auf dem Ring eine Kundgebung gegen den Panzerkreuzerbau statt. Die Kundgebung wurde von Partei und KJB ausgeführt. Am Nachmittag bewegte sich ein harter Demonstrationzug nach dem Ring, wo sich einige hundert Arbeiter eingefunden hatten. Genosse Steffen referierte. Daß seine Ausführungen auf guten Boden fielen, bewies der wiederholte außerordentliche Beifall der Strehlener Arbeiter. Die Kund- gebung ist ein verheißungsvoller Anfang für die Bewegung für den Volkseinfried.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau

Die für die Autofahrt zum Internationalen Jugendtag in Dirsch- berg erforderlichen 3,50 Mark können täglich von 18—20 Uhr im Jugendbüro eingezahlt werden. Letzter Termin: 28. August.

Die Abrechnung der Jugendtagsabzeichen muß bis spätestens Don- nerstag, den 30. August, geschehen. Abzeichen, die bis dahin weder abgerechnet, noch zurückgefordert sind, werden den betreffenden Orts- gruppen, ob verlost oder nicht verlost, zur Last geschrieben. Ab- rechnung an: Konto Fritz Ködler, Breslau Nr. 74 678.

Stadtteil 1. Df. Achtung, Funktionäre! Mittwoch 19—21 Uhr, Beschluslos, Abrechnen der Programme vom Int- Jugendtag.

Stadtteil 3. West. Mittwoch 20 Uhr Generalversammlung bei Hanke, Katharinenstraße. Sämtliche Parteigenossen müssen erscheinen.

Riegeln. Mitglieder der KPD, welche ihre Mitgliedsbücher noch nicht zur Kontrolle abgegeben haben, wollen dies sofort tun.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau

- Dienstag 20 Uhr im „Lesing“ KJ. und KJ., zweite Sprech- chorprobe. Alles erscheint. Gruppenabend fällt aus.
— Mittwoch 20 Uhr im „Lesing“ letzte Probe. Gruppenabend fällt aus.
— Heim West. Dienstag 20 Uhr Heimabend im „Anglerheim“, Leutenstraße. Plakette abrechnen. 3,50 Mark für die Hitz- berg-Fahrt mitbringen.

Jung-Spartakus-Bund

— Gruppe Süd-West-Zentrum. Mittwoch 18 Uhr Heimabend bei Janke, Friedrichstr. 41. Ref. Gen. Robert.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau

- Abt. 6. Dienstag 19 Uhr Spielleute bei Sauer Neben. Flug- blattverleier 17 Uhr bei Hanke.
— Aufnahme-Gewerkschaft. Dienstag 19 Uhr im „Turmhof“, Neue Antonienstraße.
— Schweidnitz. KJB. u. KJ. Dienstag 18,45 Uhr Pflichtenmarsch. Antreten Margaretenplatz. Wehrsport. Erscheinen ist Pflicht.

Breslau

- Rote Jungfront. Dienstag 20 Uhr Generalmitgliederversamm- lung bei Schnelber, Rosenstraße, Ecke Oststraße. Tagesordnung: Hitzberg-Fahrt. Kameraden, die nicht erscheinen, werden zur Verantwortung gezogen.
— Abt. 1. Dienstag 19,30 Uhr Antreten bei Ködler, Uferstraße.
— Abt. 2. Dienstag 19,30 Uhr Antreten bei Reimann, Neue Anto- nienstraße.
— KJB. Abt. 2. Dienstag 20 Uhr Kameradschaftsabend bei Ritzke, Jägerstraße 2.

Sonstige Organisationen

- Freiburg. Metallarbeiter-Jugend. Dienstag 20 Uhr im Blücher- saal: Jugend-Abendvortrag eines Jugendkollegen aus Waldenburg.
— Rote Hilfe. Zentrum. Mittwoch 20 Uhr im „Turmhof“ Mit- gliederversammlung.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Sarrasani kommt! Ein Zauberwort von faszinierendem Klang, leuchtend und lodend, von magischer Anziehungskraft auf die Volk- massen aller Zonen. Sarrasani, der heute kein Zirkus mehr ist, sondern eine Schau der Wunder aller Erdteile, kann sich rühmen, der einzige europäische Zirkus von Weltbedeutung zu sein. Sarrasani's Schau ist unvergleichlich, einzigartig. Nun kommt er in unsere Stadt, großartig denn je. Er bringt die schönsten, originellsten, lustigsten Zirkusstücke, die je erbacht wurde, ein riesiges Spielzelt für gehobenen Zuschauer, mächtige Stallzelle, seine 180 Autoslastzüge. Er bringt das fabelhafte Berliner Festprogramm. In seiner Nebenmanege — der größten, die existiert — erscheinen die artistischen Vertreter von mehr als 40 Nationen aller Zonen. Da tummeln sich die tollkühnen Reiter der russischen Steppe neben bronzefarbenen Kasaken und Tänzerinnen aus Indien, schwarzen Edhnen des tropischen Afrika, geschmeidigen Japanern und Chinesen, mongolischen Speerkämpfern; Südamerika sandte Sarrasani die stolzen heißblütigen Bewohner der argentinischen Pampas, des sonnendurchglänzten Brasilien, dunkel- häutig schimmernde Malatten und Kreolen, Afrikaner werden über den Sand der Arena, und der fouderräne Häuptling der Sioux- indianer „Weißer Büffel“ führt seine roten Krieger in den Ring. 500 Angehörige aller Zonen vereinigt Sarrasani in seiner „Schönsten Schau zweier Welten“. 22 indische Elefanten, 56 Löwen, Tiger, Polarbären, Kanguruhs, Affen, Gebras, Kamels, das einzige dressiert- Hilfspferd der Welt, 200 Edelstiere, das ist ein Auschnitt aus Sarrasani's Ställen. Eine besondere Ueberraschung sind Sarrasani- Eintrittspreise, sie sind, trotz dreifacher Steigerung aller Betriebs- auslagen, Freilebenspreise.

Gegen Kriegsrüstung Gegen Panzerkreuzerbau

wird am Mittwoch in den
Rundgebungen der SPD.
Stellung genommen.

Dittersbach, 10.30 Uhr. „Liebau“, Ref. Nausen
Freiburg, Ref. Reimann

Was fordert der Bergarbeiterverband?

Die am 19. August für den Waldenburger Bergbau stattgefundene Repräsentantenversammlung hat nach Ablehnung eines weitergehenden oppositionellen Antrages, der auch die Kündigung des Ueberarbeitersabkommens verlangte, eine Reihe Forderungen aufgestellt. Die wichtigsten sind wohl die Forderung nach Erhöhung aller Tariflöhne um 15 Prozent und Heraushebung des Bedingehauermindestlohnes auf 10 Prozent über den Zimmerhauerlohn. Wohl wird auch eine besondere Berücksichtigung der Arbeiter unter 20 Jahren gefordert, doch ist diese Forderung nicht konkretisiert, d. h. es wird in der reformistischen Forderung nicht gesagt, wieviel Pfennige oder Mark Zulage für die Jugendlichen verlangt wird.

Rechnen wir einmal an Hand der Lohnordnung aus, wie hoch die Löhne der Waldenburger Bergarbeiter bei voller Erfüllung der aufgestellten Forderungen sein werden.

Ueber Tage:	Jetzt	Nach 15%iger Lohn- erhöhung
Anschläger am Hauptförderer	5,26	6,05
Vorarbeiter und Oberauslader	5,16	6,03
Die anderen auf der Hängebank und Verladung	5,00	5,75
Selbständige Handwerker u. Ma- schinisten 1. Klasse	5,50	6,33
Maschinisten 2. Klasse, Kessel- heizer usw.	5,30	6,10
Schlackensortierer usw.	5,08	5,84
Kohlearbeiter (für diese wird in der reformistischen Entschließung ein „Ausgleich“ gefordert, doch in welcher Form und Höhe wird nicht gesagt)	5,16	6,03
Brickfabrik	5,16	6,03
Zugearbeiter	4,88	5,61
Unter Tage:		
Zimmerhauer	5,60	6,44
Schlepper über 20 Jahre	5,13	5,90
Bedingehauerlohn (6,44 plus 10 Prozent)	5,60	7,08

Man sieht, die für die erwachsenen Arbeiter aufgestellten Forderungen sind äußerst bescheiden. Bei ihrer vollen Erfüllung wird die Schichtzulage für jeden einzelnen 73 bis höchstens 84 Pfennig betragen. Die relativ höhere Steigerung des Bedingehauerlohnes steht nur auf dem Papier. Nach der jetzigen Lohnordnung sollte der Bedingehauerlohn auf jeder Schichtanlage mindestens 5,60 Mark betragen. Versehen es die Unternehmer, die Verdienste der Bedingehauer gleichmäßig zu gestalten, so brauchen sie dem Hauer eine Zulage von nur 48 Pfennig zu geben.

Trotz aller Bescheidenheit der aufgestellten Forderungen werden die Unternehmer sie freiwillig nicht bewilligen. An den Bergarbeitern wird es liegen, sie dazu zu zwingen. Dabei müssen sie aus den Erfahrungen der früheren Lohnbewegungen wissen, daß der Schlichter und Arbeitsminister den Unternehmern bereitwillig zu Hilfe eilen werden, wobei alle ihre Maßnahmen von den reformistischen Gewerkschaftsführern unterstützt werden. Diese Gefahr müssen die Bergarbeiter sehen und rechtzeitig Maßnahmen zu ihrer Verhinderung treffen. Nur wenn die Bergarbeiter den Kampf gegen die Unternehmer ohne Rücksicht auf die Mängel der Schlichtungsinstanzen vorbereiten und führen, wird er von Erfolg gekrönt sein.

Der sozialdemokratische Vertrauensarzt Zustände in der niederschlesischen Knappschaft

Ein Bergarbeiter schreibt uns: Hat ein Kumpel im Niederschlesischen Revier drei bis sechs Tage den Krankenschein, so bekommt er schon eine Einladung zum Vertrauensarzt. Schreiber dieser Zeilen hatte selbst acht Tage den Krankenschein und wollte diesen die nächstfolgenden Tage abgeben, als er die Aufforderung bekam, sich dem Vertrauensarzt Dr. Kobemald vorzustellen. Weil ich schon verschiedene Klagen über diesen Vertrauensarzt gehört hatte, begab ich mich dahin, um mich einer Untersuchung zu unterziehen. Ich mußte nun dort feststellen, daß der Vertrauensarzt mich nicht so genau untersuchte wie mein Sprengelarzt. Ich bedauere daher denjenigen Patienten, der sich krank fühlt und dem vom Vertrauensarzt gesundgeschrieben wird. Mir ist beispielsweise ein Fall bekannt, wo Herr Dr. Kobemald einen Kumpel mit einer offenen Wunde, die durch eine Kontingenzverletzung hervorgerufen worden war, gesundgeschrieben hat, worüber selbst der Herr Oberarzt Müller geklagt hat. Es wäre sehr zu wünschen, daß Herr Dr. Kobemald als Sozialdemokrat den Bergarbeitern mehr soziales Verständnis entgegenbringen möchte.

Um den Etat in Charlottenbrunn Der „Bürgermeister“ liegt

Der kommunistische Gemeindevorsteher in Charlottenbrunn, der Gewisse Mose schreibt: In Nr. 80 des „Bürgermeister“ Grenzboten“ vom 14. d. M. ist ein Bericht von der Gemeindevertretung Charlottenbrunn veröffentlicht, der wesentliche Unwahrheiten enthält. 1. Es ist unwarhaft, daß der Etat nach einer Rücküberprüfung angenommen wurde. 2. Es stimmt nicht, daß ich für den Etat gestimmt habe. 3. Es stimmt nicht, daß Keimann für die Fortentwicklung unserer Forderungen ist und keine Abträge von der Steuer zulassen will. Zu dem Punkt 1 sei bemerkt: Der Bürgermeister, Herr Häußel, und Keimann versuchten die Gewerbetreibenden für die Zustimmung unter Vorbehalt der 8000 Mark mehr Kreisabgaben zu gewinnen. Ich erklärte darauf, daß es keinen Vorbehalt gibt, wenn erst dem Etat zugestimmt ist, er ist angenommen. Daraufhin ist er gegen die Stimmen der drei Gewerbetreibenden und meine Stimme angenommen worden. Zu Punkt 2: Ich habe den Anwesenden vor Augen geführt, was die

deutsche Industrie für große Ueberschüsse im Jahre 1927 erzielt hat und was sie für hohe Gehälter an die Direktoren zahlt. Wenn der Staat sämtliche Einkommen über 100.000 Mark beschlagnahmen würde, so würde genug Geld für Staat, Provinz und Kreis vorhanden sein. Die kleinen Gewerbetreibenden sowie Arbeiter brauchen fast keine Steuern zahlen. Zu Punkt 3: Die Behauptung, Keimann sei für die Entlohnung des Ortes und Bades, läßt vermuten, daß der Berichterstatter des „Grenzboten“ ein Neuling ist oder er vier Jahre lang geschlafen hat. Keimann war gegen jede Bewilligung von Mitteln für Ausbau des Kurhauses. Sogar im Frühjahr war er noch gegen die Anschaffung von Wasserrohren, damit hat er sich des öfteren gerühmt. Aus dem ganzen Bericht geht hervor, daß der Berichterstatter geschlafen hat, oder sein Grundgesetz ist: Verleumde drauf los; etwas bleibt schon hängen.

Heraus zum Internationalen Jugendtag in Girschberg

Am 1. und 2. September findet in Girschberg der 14. Internationale Jugendtag des kommunistischen Jugendverbandes Schlesiens und der Roten Jungfront Schlesiens statt. Am gleichen Tage demonstrieren in der ganzen Welt die revolutionären Jungarbeiter für ihre Forderungen, für Sechskundentag und Vierwochenurlaub, gleichen Lohn für gleiche Leistung, gegen imperialistische Kriegsgelahr, für den revolutionären Kampf der Arbeiterschaft. Alle jungen Arbeiter des Waldenburger Unterbezirks nehmen am Girschberger Jugendtag teil und demonstrieren in Girschberg für diese Forderungen. SPD., Unterbezirksleitung Waldenburg. KZS., Untergauleitung Waldenburg, Abtlg. Rote Jungfront.

Wäldgiersdorf. Kombinierte Mitgliederversammlung. Donnerstag, den 30. August, 20 Uhr in der „Sonne“ kombinierte Mitgliederversammlung: KZS., SPD., KZM., KZD. und KZ. Referent anwesend.

Untergauleitung Gottesberg. Kameraden und KZM.-Genossinnen, welche daran teilnehmen, müssen sich bis Donnerstag bei den Gruppenführern melden. Auch Sympathisierende

Niederschlesien

Görlitz

Die SPD.-Seite hat in Görlitz ihren Zweck erreicht!

Der „liebe“ Otto mit der großen Revolverknause hat es wunderbar verstanden, die SPD.-Wahlseite zu Schaum zu schlagen und die Mitglieder der Görlitzer SPD. damit einzufleischen. Dies ist auch gelungen. Man muß es wenigstens nach dem Bericht der Volkszeitung annehmen, doch ist der Erfolg doch nicht der, der erwünscht wurde. Mit großem Geschrei wird die „wichtige“ Mitgliederversammlung in der Zeitung aufgezogen, um auch diejenigen, die nicht an der Versammlung teilnehmen, davon zu überzeugen, daß trotz Panzerkreuzerbau und sonstigem Verrat der SPD. die „Treue“ zur Partei vorhanden ist. Mit lendenlahmen Erklärungen wird das Verhalten der Müller und Konjorten getadelt, und damit ist die Sache für die Görlitzer SPD. erledigt. — Die Schreiberseelen der „Volkszeitung“ haben anscheinend wieder zählen gelernt, denn es heißt in dem Bericht: „Die über fünfhundert anwesenden Genossinnen und Genossen stellten eine imposante Versammlung dar, wie sie in der Wahlbewegung von den Bürgerlichen und Kommunisten als öffentliche Wahlversammlung nicht aufgewiesen werden konnte.“ Lassen wir den Schreihälsen das Vergnügen, da sie sonst nicht wissen, mit welchem Blödsinn sie die Spalten des Schwindelorgans ausfüllen sollen. Für uns steht das eine fest, daß das Niveau der Versammlung ein ganz niedriges war, mit dem sich die „große, starke“ SPD. nicht rühmen kann. Wenn der Marktschreier Otto den Standpunkt der Müller und Ebering dargelegt hat, so müssen wir feststellen, daß die wichtigsten Momente weggelassen wurden, da sie bestimmt von der Versammlung nicht so stillschweigend hingenommen worden wären, wie die anderen mit vielem Schaum der Künstlerseife vermischten Ausführungen. Wo bleiben die Ausführungen des Ebering, welche er in Bielefeld gemacht hat? Wo bleiben die Ausführungen darüber, daß der Parteivorstand der SPD. vor der fraglichen Sitzung, in der dann dem Bau zugestimmt wurde, mit den Ministergenossen eine Besprechung über den Panzerkreuzer abgehalten hat? Wenn sich die Dummheit und Konjorten scheuen, dies zu sagen, so werden wir es nachholen, damit die Wähler der SPD. hören, was ihnen vorenthalten wurde.

„Der Parteivorstand der SPD. hat vor der Kabinettsitzung eine Besprechung der Ministergenossen durchgeführt. Dort war man sich klar darüber, daß entsprechend den Abmachungen mit der Volkspartei dem Panzerkreuzerbau zugestimmt werden muß. Es gab nur Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Taktik mit Rücksicht auf die Partei und Wählermassen innezuhalten sei. Die Mehrheit war der Ansicht, daß der Durchbruch aus der Zeit der Opposition zu einer praktischen Regierungspolitik, die sich nicht wesentlich von derjenigen der vorigen Regierung unterscheiden kann, am besten durchgeführt wird, wenn die Partei und die Öffentlichkeit überraschend vor die Tatsache der Abstimmung gestellt werden. Die Minderheit war der Ansicht, daß man zuerst eine Vorbereitungs-kampagne durch Einbringung einiger Gesetzentwürfe sozialpolitischer Natur führen müsse. Es wurde aber dann im Sinne der Mehrheit die Linie festgelegt.“

Nun, ihr Arbeiter, was habt ihr hierzu zu sagen? Man versucht, diese Tatsachen, die den glatten Verrat der SPD. und ihrer Minister an der Arbeiterschaft und den SPD.-Wählern vom 20. Mai darstellen, dadurch zu verschleiern, indem man mit der größten und gemeinsten Verlogenheit gegen Rußland heßt. Man versucht, das Stärkedehältnis der Sowjetflotte als ein übermächtiges gegenüber der deutschen darzustellen. Wir haben keine Ursache, abzutreten, daß in Rußland, dem Staate der Arbeiter und Bauern, eine gut geschulte rote Armee besteht, und die noch mehr ausgebaut wird, oder soll der einzige Arbeiterstaat zusehen, wie die imperialistischen Staaten rüsten und den Krieg um Rußland schließen, damit der Arbeiterstaat vernichtet werden kann? Jeder ehrliche Arbeiter hat für eine solche Zustimmung nur ein „Pui Teufel!“ für die SPD. übrig. Wir Klassenbewußten Arbeiter waren uns klar darüber, daß durch den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung keine Besserung für die werktätige Bevölkerung eintritt, sondern die Politik des Kapitals weiter betrieben wird. Wir rufen deshalb allen Arbeitern und Arbeiterinnen zu: Laßt euch nicht länger vom Schaum der Wahlseite einflößen, sondern macht energig Front gegen die Panzerkreuzer-sozialisten. Erinnert euch an die Klassenmassen des Rotes, erinnert euch an die Abwägung der deutschen Revolution durch Ebert, Scheidemann, Noske und Konjorten, erinnert euch weiter an die Schandtat, die mit Hilfe der SPD. in Bayern, Sachsen, im Vennawert usw. durchgeführt wurden! Dann werdet ihr erkennen, daß die SPD. nicht mehr die Partei des Klassenkampfes ist, sondern die Partei des Klassenverrats. Die einzige Vertreterin der Arbeiterschaft ist nur die kommunistische Partei. Deshalb reißt euch ein in die Front, um einig und geschlossen dem Feinde einschließend der SPD. entgegenzutreten. Seit das Organ der kommunistischen Partei, die „Arbeiter-Zeitung“.

können mitfahren. Fahrpreis 1 Mark. Abfahrtszeit, und ab mit Auto oder Bahn, wird noch bekanntgegeben.

Liebau. Bürgerliche Moral. Der bürgerliche Schmod erhebt schon seither für sich den Anspruch, ein fortschrittlicher Mensch zu sein. Aber in punkto Vublikopf scheint es noch ziemlich konservativ zu sein, denn es scheint, daß seiner Meinung nach mit dem Abschneiden des Japses auch die deutschen Belange abgeschnitten werden. Eine hiesige junge Bürgerkassette in geachteter Stellung läßt sich ohne Einwilligung des Mannchens den Jopf abschneiden. Da beide als Gebildete Kindes Umgang mit Menschen gesehen zu haben, so empfängt sie ein paar tüchtige Ohrfeigen als Verwundung für den Vublikopf, und er erhält dafür als Maß des Ausgleichs eine ehrene Strapazie auf seine Birne, daß er in den Glauben verfällt, Pfingsten und Weihnachten fällt auf einen Tag. Um dieses Gerücht nicht bis in die Redaktion des Liebauer Wochenblattes gelangen zu lassen, welche immer Interesse dafür zeigt, wenn mal ein Prolet aus der Mole fällt, so machten unsere biederen Schläger am andern Tage sofort eine Sühne-versöhnungskur ins Gebirge.

Zum fünften Male vertagt wurde der Termin gegen den Handwerksmeister R. wegen einer Pfandvollstreckungssache. Trotz vieler Bemühungen des Richters, R. zu zwingen, in Verhandlungen einzutreten, beharrte R. auf seinem Standpunkt, nicht früher in Verhandlungen einzutreten, bis seine Entschädigungsansprüche geregelt sind. Die ganze Angelegenheit ist insofern interessant, als man R. früher einmal entmündigt hatte und ihn sogar als gemeingefährlich dreimal ins Irrenhaus gebracht hatte, wo er aber immer nur kurze Zeit blieb, da die Anstaltsärzte keine Krankheit feststellen konnten. R. hat nun seit langer Zeit wieder einen Pfleger, wozu, wie wahrscheinlich niemand, außer dem Magistrat. Jedenfalls besorgt R. seine Angelegenheiten selbständig und wird von jebermann als tüchtiger Handwerker angesehen, was auch schließlich daraus hervorgeht, daß selbst die Gerichte niemals den Pfleger, sondern R. persönlich laden. Man muß doch bald die Frage aufwerfen: Wer ist der Geisteskranke?

Briefkasten

Waldenburg. Sympathisierende. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. — Liebau. Die für die Wochenausgabe bestimmte Zuschrift („Zum fünften Male vertagt“) lief erst am Sonnabendfrüh in Breslau ein, also zu spät.

Wichtig! Am Donnerstag, dem 30. August, 20 Uhr findet im Lokal zur Altstadt (Nikolaigraben) ein proletarischer Abend statt, der als Auftakt zum internationalen Jugendtag in Girschberg gedacht ist. Alle Arbeiter sind herzlich willkommen. Einiges aus dem Programm: Rezitationen, Lebende Bilder, Gesangsvorträge und Wandolin-Borträge und die Uebergabe der Jungfontiere an den KZD. Eintritt frei!

Sagan

Ostzusammenbruch. Am 28. August brach in der Porzellanfabrik der Firma Bing in Freivalda ein im Neuaufbau begriffener Ofen zusammen und begrub die daran beschäftigten Arbeiter unter sich. Einer von diesen wurde schwer verletzt aus dem Trümmerhaufen geborgen und in bedenklichem Zustande in das hiesige Krankenhaus gebracht. Die anderen Verunglückten haben zum Teil auch erhebliche Verletzungen und Querschnitten davongetragen.

Zum Doppelmord in Leuthen. Die Untersuchungsrichter, die gestern die Untersuchung der Bluttat in Leuthen aufgenommen hatten, werden sich im Laufe des heutigen Tages nochmals nach Leuthen begeben, wo die Obduktion der beiden Leichen durch die Kreisärzte von Ologau und Sagan vorgenommen wird. Der Täter, der neunzehn Jahre alte Fürsorgegehilf Richard Sch., wurde bereits nach dem Gerichtsgesängnis Sagan abtransportiert. Er ist in allen Punkten geständig. Wenn er auch geistig minderwertig ist, dürfte für ihn nicht der § 51 zur Anwendung kommen. Da die Tat einwandfrei festgestellt und durch das Geständnis des Täters erwiesen ist, soll die Verhandlung schon in der nächsten Schwurgerichtsperiode im Oktober in Ologau stattfinden.

Bunzlau

Schwerer Zusammenstoß. Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Motorrad ereignete sich vorgestern Abend in Klitschdorf. Dort fuhr der Motorabler Schreiber aus Pringsdorf einem aus Klitschdorf kommenden Personenauto in die Flanke. Der Motorabler wurde von seinem Sitze geschleudert und erlitt u. a. eine schwere Kopfverletzung. Der Autofahrer, dem anscheinend nichts passiert war, veranlaßte die Uebersführung des Motorablers ins Bunzlauer Krankenhaus. Die beiden Fahrzeuge wurden nicht unbedeutend beschädigt.

Hagnau

Streit in der Metall-, Holz- und Radierwarenfabrik A. Friedrich Die Belegschaft der Metall-, Holz- und Radierwarenfabrik steht seit einiger Zeit mit dem Arbeitgeber in Lohnbiffenzen. Da die bis jetzt stattgefundenen Verhandlungen keine Einigung zustande gebracht haben, tritt die Belegschaft am heutigen Tage in den Streik. Der Arbeitgeber hat schon mit der Entlassung gedroht.

Arbeiter, laßt euren kämpfenden Kollegen nicht in den Rücken. Wir werden jeden Streikbrecher an den Pranger stellen.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am Mittwoch, dem 29. August, statt.

Arbeitssport

- Fußball-Resultate vom Sonntag.
- Einigkeit I — FSB. I 4:3
 - Einigkeit II — FSB. II 3:3
 - Einigkeit III — Bf. III 11:0
 - Einigkeit I Jgd. — Hundsfeld I. Jgd. 8:0
 - Einigkeit Schüler — Adler Schüler 0:0
 - Bf. I — Tasmania I 13:2
 - Bf. II — Tasmania II kämpfl. für Bf.
 - Bf. I. Jgd. — Sibold I. Jgd. 4:0
 - Bf. 2. Jgd. — Faffe 1. Jgd. kämpfl. f. Bf.
 - Stern I — Freiheit I 3:3
 - Stern II — Freiheit II 10:0
 - Bader I — Hundsfeld I 3:1
 - Bader II — Hundsfeld II 4:1
 - Bader III — Sil. Rd. III 0:2
 - Sturm I — Bf. I 2:2
 - Sturm II — Bf. II 9:0
 - Sturm III — Stern III 2:0
 - Sparta I — 1924 I 0:4
 - Sparta II — 1924 II 2:1
 - Sparta III — Fr. Sportf. III 8:1
 - Dwizig I — Bf. I 3:1
 - Dwizig II — Bf. II 3:2
 - Dwizig III — Bratislawia IV 2:1